



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll
der 83. Sitzung
- endgültige Fassung -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 10. September 2024, 19.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Saal E.300
Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin

Vorsitz: Dr. Ralf Stegner, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

Einzigiger Tagesordnungspunkt

Seite

Öffentliche Zeugenvernehmung

Petra Sigmund

9

Leiterin der Abteilung „Asien und Pazifik“ im Auswärtigen Amt
(Beweisbeschluss Z-96)



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 19.04 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die 83. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 20. Wahlperiode, die zugleich unsere 39. Beweisaufnahmesitzung ist.

Ich stelle fest, dass die Öffentlichkeit hergestellt ist, und begrüße ganz herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, Sie haben sich in der Sommerpause gut erholen können.

Ich will nicht versäumen, dem Kollegen Zippelius auch in diesem Rahmen erstens zu seinem Geburtstag und zweitens zu seiner Vermählung zu gratulieren. Herzlichen Glückwunsch für beides!

(Beifall)

Und dem stellvertretenden Vorsitzenden, der seinen runden 50. Geburtstag gefeiert hat und sich heute entschlossen hat, sozusagen einen anderen Termin wahrzunehmen, und nicht da sein kann, bitte ich meine Glückwünsche im Namen des gesamten Ausschusses zu übermitteln.

Im Übrigen haben wir von dem netten Polizeibeamten, der vor der Tür steht, erfahren, dass er willens ist, unsere Sitzung hier mitzuschützen. Wir haben das normalerweise nicht so, dass dann nebenan direkt öffentliche Veranstaltungen sind. Die sollen aber bei der FDP immer sehr friedfertig sein, wie ich mir habe sagen lassen. Insofern gehen davon, glaube ich, keine Gefahren für uns aus; aber wir sind in jedem Fall geschützt für alle Unbilden, die damit verbunden sein könnten.

Ich gehe davon aus, dass sich keine Personen im Raum aufhalten, die später als Zeugen in Betracht kommen. Das ist ja auch kaum noch möglich.

(Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die würden wir auch kennen! - Heiterkeit)

- Und die würden wir kennen. Auch das stimmt. - Sie merken schon, das ist ja eine Gemeinschaft hier. Dazu gehört inzwischen auch die Zeugin, die extra aus Japan angereist ist. Zu Ihnen komme ich aber gleich noch mal und heiße Sie herzlich willkommen.

Bevor ich zum Gegenstand der Sitzung komme, trotzdem noch ein paar wenige Vorbemerkungen, die sich auch nach der Sommerpause nicht geändert haben.

Ton- und Bildaufnahmen sind immer noch unzulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zum dauernden Ausschluss von der Sitzung dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe den **einzigen Tagesordnungspunkt** auf, den wir haben:

Öffentliche Zeugenvernehmung

Petra Sigmund

Leiterin der Abteilung „Asien und Pazifik“
im Auswärtigen Amt
(Beweisbeschluss Z-96)

**Vernehmung der Zeugin
Petra Sigmund**

Ich begrüße Sie hier herzlich. Ich stelle fest, dass Sie ordnungsgemäß geladen sind. Der Ausschuss hatte Sie in der letzten Sitzung am 4. Juli mündlich erneut geladen. Wir setzen dementsprechend die Beweisaufnahme mit Ihrer Vernehmung fort. Vielen Dank noch mal, dass Sie extra gekommen sind.

Ich gehe mal davon aus, dass Sie keine Wiederholung meiner Belehrung wünschen. Ich stünde zur Verfügung, wenn Sie das wünschen. Aber das ist Ihnen noch präsent?

Zeugin Petra Sigmund: Das ist mir noch präsent.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann würde ich darauf heute im Interesse unserer Zeitkontingents verzichten.

Ich will noch mal darauf hinweisen, dass wir uns besonders freuen, dass wir unsere Stenografen haben, die für die Protokollierung zuständig sind, das hier sehr professionell erledigen und deswegen auch immer darauf angewiesen sind, dass Sie Ihr Mikrofon benutzen und möglichst laut sprechen, sodass sie das gut verfolgen können.

Auch bei dieser Vernehmung gilt: Wenn Ihnen Vorhalte aus Akten gemacht werden, wird Ihnen der Fragesteller oder die Fragestellerin auf Ihren Wunsch die entsprechende Unterlage aushändigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, falls Sie es doch vergessen haben sollten: Wenn Sie mit der MAT-Nummer und der Blattzahl beginnen, erleichtern Sie uns allen die Arbeit. Dann kann man dem nämlich folgen, was wir anschließend fragen wollen.

Wenn dann alle so weit startklar sind, würden wir die Vernehmung fortsetzen. An der Reihenfolge der Befragung hat sich auch nichts geändert. Das heißt, das erste Wort hat der Kollege Nürnberger. Sie haben das Wort, Herr Kollege.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Zeugin, auch von mir noch mal einen guten Abend! Und für die SPD-Fraktion darf ich schon mal vorwegschicken: Wir haben nur noch einige eher abschließende Fragen. Ich würde mich aber gern zu Beginn der Befragung noch mal auf die Vorbereitung der Evakuierungsmission fokussieren und mich dem Ablauf der Ereignisse kurz vor dem Wochenende 14./15. August zuwenden.

Erste Frage: Ist es Ihnen erinnerlich, um wie viel Uhr die Hausbesprechung am 12. August stattgefunden hat? Ich beziehe mich da, um meiner Vorbildfunktion, als Erster zu fragen, gerecht zu werden, auf MAT A AA-8.119 VS-NfD, Blatt 252.

Zeugin Petra Sigmund: Ist es mir erinnerlich? Also, ich meine, es war am späten Vormittag. Aber genau kann ich es Ihnen nicht mehr sagen.

Jörg Nürnberger (SPD): Danke. - Nach den Unterlagen war es 10 Uhr; aber das deckt sich ja mit Ihren Aussagen. Der Nachweis, dass es um 10 Uhr stattgefunden hat, war ja MAT A AA-9.84 VS-NfD, das Blatt 15.

Die Frage, die sich aber in diesem Zusammenhang stellt und die viel wichtiger ist als die Uhrzeit: Wurde diese Sitzung ad hoc einberufen, oder gab es dazu einen Vorlauf, Vorbereitungen, um eine solche Sitzung abzuhalten?

Zeugin Petra Sigmund: Auch das kann ich Ihnen nicht mehr genau sagen. Im Auswärtigen Amt gibt es ja jeden Morgen eine sogenannte D-Runde, wo man sich über die wichtigen Vorgänge des Tages austauscht. Und da hat Afghanistan in den Tagen vor dem Fall von Kabul und vor der Evakuierung immer eine Rolle gespielt. Also, wir haben immer die Lage da vor Ort besprochen. Insofern verwischt sich das jetzt bei mir. Ich kann Ihnen nicht mehr genau sagen, ob jetzt hier ein Vorlauf in dem Sinne da war. Aber wahrscheinlich ist in der D-Runde angesprochen worden, dass wir eine Sitzung haben würden dazu.

Jörg Nürnberger (SPD): Wenn wir uns auf das Protokoll aus dieser Sitzung beziehen - ich nenne die MAT-Nummer: MAT A AA-8.119 VS-NfD, hier die Seite 252 -, war als Vertreter der Botschaft in Kabul Herr Potzel als zukünftiger Botschafter aus Doha zugeschaltet, nicht aber Herr van Thiel oder irgendein anderer Vertreter von der Botschaft vor Ort in Kabul. Entspricht das auch Ihren Erinnerungen, oder haben Sie Erinnerungen, dass vielleicht - - Nein, das wäre zu suggestiv.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das stimmt.

Jörg Nürnberger (SPD): Ist Ihnen bekannt, dass andere Teilnehmer in dieser Konferenz dabei waren, die sich vor Ort in Kabul befunden haben?

Zeugin Petra Sigmund: Ich meine, Sie hatten mir das letzte Mal einen Vermerk zu dieser Sitzung



Nur zur dienstlichen Verwendung

vorgelegt. Wollen Sie mir den vielleicht noch mal geben? Dann kann ich - - Da ist doch sicherlich vermerkt, wer teilgenommen hat.

Jörg Nürnberger (SPD): Das kann ich Ihnen gerne vorlegen. Das ist die MAT-Nummer, die ich gerade genannt habe. Schon unterwegs.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt)

Es geht da um Ihre Erinnerung, aber bitte gern.

Zeugin Petra Sigmund: Um meine Erinnerung. Also, ich muss auch dazu sagen, es war noch die volle Covid-Zeit. Ich bin mir gar nicht sicher, ob wir da in Präsenz getagt haben oder ob wir das virtuell gemacht haben. Auch das kann ich nicht mehr voll erinnern. Also, ich würde mir das jetzt einmal bitte angucken.

Jörg Nürnberger (SPD): Gerne.

(Die Zeugin liest in den ihr zuvor vorgelegten Unterlagen)

Zeugin Petra Sigmund: Also, unter „Hausbesprechung“ verstehen wir eigentlich etwas, wo man nicht unbedingt Aushäusige zuschaltet. Und zukünftiger Leiter Kabul war ja bis vor Kurzem der Afghanistan-Beauftragte der Bundesregierung, von dem ich jetzt nicht genau sehen kann, von wo aus der zugeschaltet war. So. Aber ich gehe jetzt mal davon aus, dass das, was hier steht, korrekt ist.

Jörg Nürnberger (SPD): Habe ich Sie jetzt richtig verstanden, dass es eine Übung innerhalb des AAs gab, für diese Hausbesprechungen grundsätzlich nur solche Mitarbeiter zu befassen, die in der Zentrale saßen?

Zeugin Petra Sigmund: Also der Begriff „Hausbesprechung“ meint eigentlich eine Besprechung in der Zentrale.

Jörg Nürnberger (SPD): Okay. - Wurde Ihrer Erinnerung nach diskutiert, Mitarbeiter aus Kabul zuzuschalten, oder hat das gar keine Rolle gespielt?

Zeugin Petra Sigmund: Also, ich war an der Einberufung dieser Hausbesprechung nicht beteiligt oder nicht an den Diskussionen dazu, wer wird jetzt genau hier zu der Hausbesprechung geladen. Deswegen kann ich Ihnen auch da jetzt nicht weiterhelfen.

Jörg Nürnberger (SPD): Gut. - Nachdem Sie das Protokoll ja jetzt vor sich liegen haben, -

Zeugin Petra Sigmund: Ja.

Jörg Nürnberger (SPD): - wird als Termin für die nächste Krisenstabsitzung ursprünglich Montag, der 16.08., angegeben. Wie wir alle wissen, wurde die Sitzung aber auf den 13.08. vorgezogen. Können Sie uns aus Ihrer Erinnerung berichten, wie es zu diesem Vorziehen der Krisenstabsitzung um drei Tage kam, welche Gründe dafür tatsächlich ausschlaggebend waren?

Zeugin Petra Sigmund: Also, wie gesagt, Krisenstab ist noch mal ein anderes Format als Hausbesprechung. Da sind dann Ressorts dabei. Da ist normalerweise auch ein Vertreter des Landes, um das es geht, dann zugeschaltet. Aber es waren die sich überstürzenden Ereignisse in Afghanistan, auch die Mails von Herrn van Thiel, die wir hatten, vom Leiter Kabul, die ja Aussagen trafen, dass jetzt hier der Fall Kabuls und die Einnahme Kabuls immer näher rückten. Und da war uns schon klar, dass wir hier einen förmlichen Krisenstab einberufen müssen, oder es wurde klar, dass das jetzt geschehen müsste, um dann über das weitere Vorgehen in dieser dramatischen Lage zu sprechen.

Jörg Nürnberger (SPD): Ist Ihnen bekannt, dass Frau Staatssekretärin Leendertse am 12.08. abends gegen 23 Uhr - ich beziehe mich auf MAT A AA-8.120 VS-NfD, Blatt 19 - diese Krisenstabsitzung eben für den nächsten Vormittag einberufen hat?

Zeugin Petra Sigmund: Wollen Sie mir das vielleicht auch noch mal geben, dieses Blatt? Weil ich war nicht an allen sozusagen Überlegungen der Staatssekretärin „Zu wann haben wir welche Sitzung?“ beteiligt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Sie blättert und liest in diesen Unterlagen)

Und was war jetzt noch mal die Frage dazu?

Jörg Nürnberger (SPD): Ob es Ihnen bekannt war, dass die Entscheidung von der Frau Staatssekretärin eben am Abend um 23 Uhr oder, um genau zu sein, um 22.51 Uhr ausweislich der Nachricht getroffen wurde? Oder fragen wir anders: Wann haben Sie - -

Zeugin Petra Sigmund: Sie fragen mich jetzt praktisch, ob ich das an dem Abend schon gelesen habe oder erst am nächsten Morgen. Das kann ich Ihnen so genau nicht sagen. Ist gut möglich, dass ich das erst am nächsten Morgen gelesen habe. Aber ich weiß aus der Erinnerung noch, dass an diesem Abend ja ein Telefonat stattfand des Ministers mit dem US-Außenminister, der unserem Minister Maas damals gesagt hat: „Wir verlegen jetzt an den Flughafen“, und dass damit klar wurde, dass wir hier in eine neue Phase eintreten.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. Das waren schon die Fragen zu diesen eher formellen Aspekten der Vorbereitung dieser Krisenstabs-sitzung.

Der zweite Teil unserer Fragen richtet sich darauf, wie denn das AA die Vorbereitung unternommen hat hinsichtlich der rechtzeitigen und vollständigen Erfassung potenziell ausreiserechtiger Personen. Sie wissen, wir haben hier des Öfteren Zeugen zu diesen sogenannten Listen befragt. Und da würde ich Sie gerne bitten, kurz darzustellen, welche Kenntnis Sie über diese Vorbereitungen der Erstellung der entsprechenden Listen nach ELEFAND oder wie auch immer mitbekommen haben.

Zeugin Petra Sigmund: Also, wenn Sie zur ELEFAND-Liste - - ELEFAND-Liste erfasst ja die Deutschen, die sich vor Ort aufhalten. Und das ist freiwillig, sich in diese Listen einzutragen. Aber dazu ist immer wieder aufgerufen worden,

das zu tun, damit im Falle einer krisenhaften Entwicklung die Menschen erreicht werden können. Dann gab es die Listen zu den Ortskräften, die schon Monate vorher erfasst worden sind in den verschiedenen Ressorts. Bundeswehr-Ortskräfte, BMVg, dann die Ortskräfte des BMZ sind dort erfasst worden; AA-Ortskräfte sind dort erfasst worden. Also, das ist eine Arbeit, die aus der Kenntnis der Verträge, die wir hatten mit diesen Menschen, eigentlich schon Monate vorher begonnen wurde.

Jörg Nürnberger (SPD): Es gibt dann eine Stellungnahme von Ihnen vom 14. August 2021 unter MAT A AA-9.76 VS-NfD, Blatt 66, die wir Ihnen auch gerne vorlegen, -

Zeugin Petra Sigmund: Danke.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Sie liest in diesen Unterlagen)

Jörg Nürnberger (SPD): - in der Sie die Zusammenführung aller dieser Listen befürworten, wo Sie von einem sogenannten „Share Point“ sprechen, der auch die Bearbeitung durch andere Ressorts zulassen würde. - Ich darf aus dieser Nachricht zitieren, dass Sie „ein gewisses Chaos-Potential durch potentielle Doppelungen“ gesehen haben. - Können Sie dazu noch Stellung nehmen, worin Sie mögliche Schwierigkeiten bei der dann ja zu erfolgenden Abarbeitung dieser Listen vor Ort in Afghanistan gesehen haben?

Zeugin Petra Sigmund: In der Tat. Also, es gab die Listen der Ortskräfte, von denen auch unklar war, bis zu welchem Zeitpunkt - - oder es war lange unklar: Bis zu welchem Zeitpunkt sind denn Ortskräfte überhaupt berechtigt, jetzt eine unterstützte Ausreise in Anspruch zu nehmen? Also gilt das jetzt ab 2013 oder gilt das erst ab später? Da gab es unterschiedliche Listen, Listen, die sozusagen größer wurden. Dann gab es aber auch schon damals Gespräche: Müssen wir nicht auch Listen haben für Menschen, die sich im Vertrauen auf die Nachhaltigkeit der Regierungsform Afghanistans für demokratische Werte exponiert haben, also Menschenrechtsverteidiger,



Nur zur dienstlichen Verwendung

Anwälte, Journalisten, Frauenrechtler, Menschen, denen wir eine unterstützte Ausreise anbieten möchten? Und das war mein - - Da hatte ich den Eindruck, dass das nicht zentral zusammengeführt wurde, sondern dass vonseiten der Ressorts Vorschläge kamen, wer ist das aus ihrer Kenntnis und aus ihrer Arbeit heraus. Und für mich musste sozusagen geguckt werden: Haben wir jetzt die gleiche Person dreimal oder noch häufiger? Wer schlägt was vor? Haben wir alle den gleichen Namen und die gleiche Schreibweise, sodass wir zu einer Konsolidierung kommen, um wen handelt es sich da? Denn wir mussten die Leute in der Situation der sich abzeichnenden Evakuierung ja erreichen können, um ihnen sagen zu können - und das hat das Lagezentrum im Auswärtigen Amt damals gemacht -, wir sind bereit, sie aufzunehmen. Dazu brauchte man aber irgendwie eine konsolidierte Liste, die man miteinander erstellt hat, und nicht fünf Listen - jedes Ressort -, mit dem Risiko, dass viele Doppelungen da waren. Denn wir mussten ja unter hohem Zeitdruck arbeiten, die Menschen erreichen, ihnen sagen, wir sind bereit, sie mitzunehmen, so sie es schaffen an den Flughafen, und dann versuchen, das Ganze zu organisieren.

Jörg Nürnberger (SPD): Ist Ihnen Erinnerung, bei wem die Zuständigkeit lag, diese mehr oder weniger konsolidierten Listen dann an die in Afghanistan zuständigen Stellen für die Durchführung der Evakuierung zu übermitteln?

Zeugin Petra Sigmund: Also, es war meines Wissens zu der Situation - - war es das Lagezentrum an die in Afghanistan zuständigen Stellen. Es war dann erst mal ab dem 16. August - - Ab der Evakuierung war es dann wichtig, dass unsere Leute, die am Flughafen Kabul an den verschiedenen Gates waren, wussten: „Wer ist denn auf der Liste?“, und dann die Identitäten überprüfen konnten. Afghanische Stellen haben wir zu dem Zeitpunkt eigentlich nicht mehr beteiligt.

Jörg Nürnberger (SPD): Da war ich nicht präzise genug mit meiner Frage. Deutsche Stellen, die zu dieser Zeit in Afghanistan waren, also Feldjäger, Konsularbeamte, wer auch immer.

Zeugin Petra Sigmund: Ah ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Ist Ihnen Erinnerung, dass es dann tatsächlich dazu gekommen ist, dass Ihre Befürchtungen eingetreten sind, dass es eben auf diesen Listen tatsächlich Unzulänglichkeiten gegeben hat?

Zeugin Petra Sigmund: Ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Spielte das eine Rolle dann in den darauffolgenden Tagen bei der aktuellen Durchführung der Evakuierungsmission?

Zeugin Petra Sigmund: Also, es gab eine Unübersichtlichkeit. Wir hatten nicht *die* eine Liste in der Tat und haben deswegen von Berlin aus dann versucht, sozusagen hier Ordnung zu schaffen, indem wir das zusammengeführt haben. Ich meine, das größte Risiko in der aktuellen Lage war eigentlich, dass wir Personen doppelt erfasst haben, dass sozusagen das BMZ gesagt hat: „diese Person“, und das AA gesagt hat: „diese Person“, und dann war diese Person möglicherweise mehrfach auf der Liste. Ich glaube, von der Konsequenz her war das jetzt nicht tragisch. Aber es war schon schwierig, alles von Berlin aus so zu organisieren, dass unsere Kollegen an den Gates im Flughafen wussten, wer aus Sicht Berlins schutzbedürftig und anspruchsberechtigt ist, und dann sozusagen auch, so gut das dann noch ging, helfen konnten, dass diese Leute auch zum Flughafen kamen. Das war die Schwierigkeit in der konkreten Situation.

Jörg Nürnberger (SPD): Daran schließt nämlich genau meine nächste Frage an. Wir wissen ja aus den bisherigen Befragungen auch der eingesetzten Soldatinnen und Soldaten, dass es schwierig war, aus Kabul oder sogar aus dem Umland dann tatsächlich zu dem Flughafen zu kommen. Können Sie uns noch einmal beschreiben, was Sie unternommen haben, dass außerhalb des Flughafengeländes befindliche Personen tatsächlich zumindest Kontakt aufnehmen konnten mit unseren deutschen Kräften oder dem Botschaftsteam auf dem Flugplatz, um dann dieses Hindernis zu überwinden?

Zeugin Petra Sigmund: Also, wir haben erstens von Berlin aus die Menschen kontaktiert. Denn



Nur zur dienstlichen Verwendung

das waren ja Menschen, die unserer Botschaft bekannt waren, die uns bekannt waren und von denen wir zum Teil noch Kontaktmöglichkeiten, Telefonnummern hatten. Wir haben von Berlin aus angerufen, um denen Bescheid zu sagen: Ihr gehört zum Kreis derjenigen, die wir mitnehmen können, wenn ihr das möchtet. - Vor Ort war das ungeheuer schwierig in der Lage; aber unser Team am Flughafen hat ebenfalls versucht aus der Kenntnis ihrer Kontakte, die betreffenden Menschen zu erreichen. War aber alles enorm schwierig in der Lage.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielleicht ganz kurz noch zum Abschluss zu diesem Themenpunkt: Unter MAT A AA-9.76 VS-NfD, Blatt 94, haben wir eine E-Mail von Ihnen, wo Sie die Abholung an zentralen Treffpunkten fordern sowie die Einrichtung einer Whatsapp-Gruppe anregen. Können Sie im Nachhinein beurteilen, ob diese von Ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen durchgeführt wurden und ob sie am Ende erfolgreich waren?

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt)

Zeugin Petra Sigmund: Also, das war in der unübersichtlichen Lage, die wir da hatten, ein Versuch, noch mal irgendwie dazu beizutragen, dass wir auch identifizieren konnten: A) Sind die Leute, die sich jetzt melden, diejenigen, die gemeint sind? Sicherheitserwägungen haben ja die ganze Zeit eine Rolle gespielt. Wir mussten ja irgendwie prüfen können, dass die Menschen, die sich hier melden, diejenigen sind, die sie vorgeben zu sein. Deswegen: Dieser zentrale Sammlungspunkt war ein Gedanke, das vorzunehmen.

Whatsapp-Gruppen: Klar, das wäre - - Das kann ich wirklich nicht beurteilen, ob das in der Lage möglich war. Ich fürchte, nein. Weil wir hatten ja eine wirkliche krisenhafte Entwicklung, wo - - Das Team Flughafen stand an den Gates und hat versucht, eben hier andere davon zu überzeugen: Die kennen wir, die bitte rauffassen auf den Flughafen, damit sie die Evakuierungsflüge besteigen können. - Aber auch das war ja nicht einfach, weil Teile der Gates am Flughafen nicht von uns, sondern von US-Truppen kontrolliert wurden, die dann wiederum nur andere mit bestimmten

Papieren reingelassen haben. Also, diese Frage: „Können wir sicher angeben, wer die Menschen sind, die jetzt hier gerade reinkommen? Kennen wir die wirklich? Und wie erreichen wir diejenigen?“, das war enorm schwierig, und manches war frommer Wunsch, was wir hier vorgeschlagen haben: Könntet ihr nicht das machen oder das machen? Das musste im Wesentlichen vor Ort geguckt werden, wie sie zurande kommen. Wobei wir von Berlin aus mit dem Krisenzentrum, das wir hatten, das ja Aufwuchs auf mehr als 100 Leute, die dann versucht haben, Mails zu beantworten, Kontakt aufzunehmen - - Wir haben versucht, zu unterstützen, wie wir können.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Ich hätte dann, wenn das gestattet wird, noch eine Abschlussfrage; die geht eher in die politische Dimension. Es gab ja offensichtlich einen Entschluss von sechs EU-Innenministern in Brüssel hinsichtlich der Fortsetzung von Abschiebungen; auch heute wieder ein aktuelles Thema. In MAT A AA-9.76 VS-NfD, Blatt 41, gibt es eine Reaktion von Ihnen zu diesen Schreiben der EU-Innenminister - ich zitiere -:

„Ich kann es nicht fassen, dass dieses Brief-Projekt nicht gestoppt wurde.“

Anfang letzter Woche wirkte alles noch nicht gar so schlimm, aber dass so ein Brief heute veröffentlicht wird, ist m.E. angesichts der Lage vor Ort in AFG und angesichts der Medienlage ziemlich "gegen den Strom".“

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Sie liest in diesen Unterlagen)

Darauf erwidert Herr Krüger. Und Sie schreiben dann noch mal:

„Alles klar, es ist mir nur so ... unverständlich, wie das BMI das jetzt machen konnte - und damit auch dafür sorgt, dass AFG zu einem Wahlkampfthema wird ...“



Nur zur dienstlichen Verwendung

Haben Sie darüber hinaus weitere Erkenntnisse, die Ihnen erinnerlich sind, dass das BMI das Thema Afghanistan Ihrer Auffassung nach zu Wahlkampfzwecken nutzen wollte?

Zeugin Petra Sigmund: Nein. Das alles bezog sich darauf, wir hatten ja Anfang - warte mal, von wann war das?

(Die Zeugin liest in den ihr
zuvor vorgelegten Unter-
lagen)

10. August - - Es gab ja eine Woche vorher schon einen Abschiebeflug, der nicht stattfand aufgrund der sich dramatisch zuspitzenden Lage, dass man nicht mehr sagen konnte: Hier gibt es irgendwo in Afghanistan sichere Orte, an denen auch Abgeschobene dann ohne Gefahr für ihr Leben sozusagen hin abgeschoben werden können. Nachdem diese Entscheidung schon getroffen war, dass Abschiebungen nicht mehr möglich sind, auch aufgrund - - Ich meine, zu erinnern, es gab ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte da sogar dazu, dass es nicht möglich ist. Dass dann in dieser Lage doch noch mal versucht wurde, wo wir gesehen haben, auch aufgrund der Berichterstattung aus Kabul, das spitzt sich hier zu, das fällt, das wird nicht besser, dass dann jetzt doch noch mal versucht wurde, da das Rad zurückzudrehen, das hat mich einfach überrascht.

Jörg Nürnberger (SPD): Frau Sigmund, vielen Dank. Wir wären am Ende unserer Befragung.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechseln wir zum Kollegen Röwekamp. Bitte schön.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, Frau Botschafterin, vielen herzlichen Dank, dass Sie uns heute noch mal zur Verfügung stehen. - Ich würde im ersten Teil meiner Befragung gern noch mal zur Krisenstabssitzung am 13. August kommen. Ich sage jetzt einleitend vorweg: Ich habe da ein noch ein bisschen unklares Bild über Ablauf und Inhalt dieser Krisenstabssitzung, auch in Ansehung Ihrer Aussage vom 04.07. hier von dem Ausschuss, die ich mir noch mal genau angeschaut habe.

Sie haben - so würde ich das jetzt zusammenfassen und Sie bitten, ob ich das richtig verstanden habe, was Sie in der letzten Vernehmung gesagt haben - gesagt, dass die BND-Informationen in dieser Krisenstabssitzung am 13. August 21 aus Sicht des Auswärtigen Amtes veraltet gewesen seien und dass Sie den Informationen des Gesandten in Kabul mehr Gewicht eingeräumt hätten. - Würden Sie dieser Zusammenfassung Ihrer Bewertung der Aussagen und Einschätzung des BND zustimmen? Also habe ich Sie da richtig verstanden?

Zeugin Petra Sigmund: Nicht ganz zustimmen. Sie sagten: aus Sicht des Auswärtigen Amtes. Ich kann sagen: Aus meiner Sicht waren die Angaben des BND hier veraltet. Und ich habe den Aussagen von van Thiel bzw. der Botschaft Kabul hier mehr Glauben geschenkt, weil die vor Ort waren und gesehen haben, was sich dort abspielte.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann würde ich Ihnen jetzt gerne mal das Protokoll oder eine Zusammenfassung dieser Sitzung vorlegen. Das ist MAT A AA-8.120 VS-NfD_Freigabe, Blatt 1 bis 4.

(Der Zeugin werden Unter-
lagen vorgelegt - Sie liest in
diesen Unterlagen)

Zeugin Petra Sigmund: Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Also, Sie kennen das Dokument?

Zeugin Petra Sigmund: Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. - Ich will ein Bild von dem Ablauf dieser Sitzung für mich verinnerlichen, weil ich noch nie die Gelegenheit hatte, an einer Krisenstabssitzung teilzunehmen.

Ganz kurz die Frage vorab. Ist das so ein normaler Sitzungsverlauf? Also, hat Staatssekretär Leendertse diese Sitzung geleitet und das Wort erteilt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Petra Sigmund: Ich muss eins dazusagen: Wir kamen aus der Covid-Zeit, und ich meine mich zu erinnern, dass diese Krisenstabssitzung tatsächlich die erste Sitzung war seit Jahren, die wir in physischer Präsenz geführt haben. Insofern waren wir da gar nicht mehr so dran gewöhnt, so zusammensitzen sozusagen in so einer Art von Sitzung. Das möchte ich voranschicken.

Wer hat das geleitet?

(Die Zeugin blättert und liest in den ihr zuvor vorgelegten Unterlagen)

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich versuche Ihre Erinnerung - -

Zeugin Petra Sigmund: Wer hat das geleitet? - Aus meiner Erinnerung schon die Staatssekretärin, in dem Bemühen, in einer bestimmten Reihenfolge die verschiedenen Teilnehmer der Krisenstabssitzung zu Wort kommen zu lassen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ist nach Ihrer Erinnerung allen Beteiligten an dieser Krisenstabssitzung ausreichend Raum gegeben worden, ihre jeweilige Bewertung und Sicht der Dinge vorzutragen, -

Zeugin Petra Sigmund: Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): - oder stand das unter Zeitdruck?

Zeugin Petra Sigmund: Stand das unter Zeitdruck? - Ich kann mich nicht erinnern, dass es unter Zeitdruck stand; aber nach meiner Wahrnehmung war da ausreichend Zeit, um die Einschätzungen zur Lage aller Teilnehmer an der Sitzung hier anzuhören und zu bewerten.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nach unserer bisherigen Erkenntnis ist es so - - Sie haben eben gesagt, war eine Sitzung in Präsenz nach langer Zeit. Aber der Gesandte van Thiel war offensichtlich zugeschaltet, zumindest nach unserer Informationslage. Das ist korrekt, ja?

Zeugin Petra Sigmund: Das ist korrekt. Er war ja vor Ort in Kabul.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. - Aber zugeschaltet war er, er war also Teilnehmer dieser Sitzung, auch ausweislich des Ihnen vorliegenden Vermerks.

Zeugin Petra Sigmund: Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Hatten Sie den Eindruck, dass Herr van Thiel ausreichend Gelegenheit hatte, seine Sicht der Dinge in dieser Krisenstabssitzung zu schildern? Oder wurde er unterbrochen? Oder wurde er angehalten, sich kürzer zu fassen? Haben Sie daran eine Erinnerung?

Zeugin Petra Sigmund: Nö. Also, er bekam als Erstes das Wort und hatte nach meiner Wahrnehmung ausreichend Zeit, sehr plastisch zu schildern, was er vor Ort wahrnahm. Und das hat auch einen großen Eindruck gemacht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun haben wir Herrn van Thiel hier im Ausschuss im März 2024 schon als Zeugen vernommen, und er hat ausweislich des Stenografischen Protokolls auf die Frage des Kollegen Nürnberger - das ist Protokoll 20/66, Seite 113 - gesagt - Zitat -:

„Also, gefühlsmäßig ... habe ich vom BMI Unterstützung bekommen, zumindest „Hört dem van Thiel zu, das ist wichtig, was der sagt“ ... Wie gesagt, für mich überraschend, aber für mich positiv, weil es die Art Überlegung war, auf die ich gehofft hatte: BMVg mit klar operativen Ansagen: „Wir müssen eine Evakuierung dann auch entsprechend vorbereiten, wir brauchen eine Beschlussfassung dazu“, so erinnere ich das.“

Jetzt kommt's:

„Keine Unterstützung aus meinem Haus ..., dass mir da die Möglichkeit nicht gegeben wurde, nach Frau von Uslar noch mal wiederzukommen. Das kann ... auch ... so



Nur zur dienstlichen Verwendung

gewesen sein, dass das Zeitmanagement - - Sie haben ja auch ein Zeitmanagement, dann ist irgendwann Schluss - - Und jetzt wollen wir den van Thiel nicht noch mal hören, wir wollen die anderen auch noch mal hören. - Also: Kann schon ... sein.“

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Sie liest in diesen Unterlagen)

Zitat Ende. - Das ist die Aussage von Herrn van Thiel. Und deswegen meine Frage: Wie haben Sie das wahrgenommen, was Herr van Thiel hier beschreibt? Also, gab es doch vielleicht eine zeitliche Einschränkung? Und hat er nicht noch mal nach dem BND die Möglichkeit gehabt, etwas zur Sache zu sagen?

Zeugin Petra Sigmund: Also, nach meiner Erinnerung gab es eine erste Runde eben zur Lage vor Ort. Und da ist eigentlich üblich, dass jeder ein Mal spricht. Und das ist nach meiner Erinnerung auch so gewesen. Und dann gab es später noch eine zweite Runde zu Ortskräfteverfahren. Da ist noch mal aufgenommen worden.

Aber van Thiel hat, glaube ich, die Situation in diesem Krisenstab insofern falsch eingeschätzt, als er offenbar glaubte, dass seine Aussagen hier nicht genug Gewicht entfaltet haben. Aber das war nicht der Fall. Es war nicht meine Wahrnehmung, sondern seine Schilderung von den Vorgängen vor Ort in Kombination mit den Mails, die er geschickt hatte in den davorgehenden Tagen, in Kombination mit dem, was wir wussten zu den Aussagen des US-Außenministers gegenüber unserem Minister, mit dem, was wir wussten von anderen Partnern, mit denen wir Gespräche geführt hatten in den Tagen vorher, zeigten, deuteten darauf hin, dass wir jetzt in eine Evakuierungsphase kommen würden. Aber der Krisenstab war nicht der Ort, an dem diese Entscheidung getroffen wurde - jedenfalls nicht dieser Krisenstab.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Hat es nach Ihrer Erinnerung Zustimmung oder Unterstützung für die Ansichten von Herrn van Thiel seitens

des Bundesinnenministeriums und des Bundesverteidigungsministeriums gegeben, also so, wie er das in dem Zitat eben geschildert hat? Können Sie das erinnern?

Zeugin Petra Sigmund: Also nicht nur von diesen beiden Ressorts, sondern mit Sicherheit auch von anderen um den Tisch.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wenn er jetzt sagt - ich wiederhole noch mal das Zitat -: „Keine Unterstützung aus meinem Haus“: Erinnern Sie Tatsachen, die nahelegen, dass Herr van Thiel keine Unterstützung aus dem Auswärtigen Amt bekommen hat?

Zeugin Petra Sigmund: Nein, das kann ich - - Ich versuche, mich in diese Lage noch mal hineinzuversetzen. Er hat mit Sicherheit Unterstützung von mir bekommen, und die Staatssekretärin hat ja dann alles eingeleitet nach dieser Sitzung, die ganzen förmlichen Verfahren, Obleuteunterrichtung, weil wir auch nach der Sitzung in Gesprächen zu dem Schluss kamen: Wir müssen jetzt die Evakuierungsphase einleiten. Und allein die Abläufe dann - „was kam als Nächstes?“, Obleuteunterrichtung, dann die ganzen Diskussionen darüber: „Brauchen wir ein Mandat, können wir das ohne Mandat machen?“, die Ingangsetzung der Evakuierungsvorbereitungen - zeigen ja auch, wie ernst das genommen wurde, was van Thiel sagte.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun haben Sie ja in Ihrer Vernehmung persönlich, haben Sie eben noch mal erläutert, den Eindruck gehabt, dass die BND-Informationen, also kein Fall von Kabul vor dem 11. September, eher veraltet gewesen seien, sage ich jetzt mal so mit meinen Worten. Haben Sie das zum Anlass genommen, den BND-Vortrag inhaltlich zu diskutieren? Also, haben Sie widersprochen?

Zeugin Petra Sigmund: Also, ich hatte - - Also, ich habe von mir gesprochen, weil ich weiß, was ich dachte; aber es gab ja bei dieser Sitzung auch, wenn man so will, eine Körpersprache, und da hat man - - der hat man angemerkt, dass dem, was der BND jetzt sagte, in der Lage nicht das Gewicht zukam der Aussagen von van Thiel, der



Nur zur dienstlichen Verwendung

vor Ort war und dessen Aussagen sich deckten mit dem, was wir von unseren engsten Partnern, unter anderem den USA, gehört hatten.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, das war jetzt nicht die Antwort auf meine Frage. Also ich stelle mir diese Situation jetzt so vor: Herr van Thiel berichtet - aus Ihrer Sicht sehr eindrucksvoll. Sie wissen, haben Kenntnis, wie Sie letztes Mal gesagt haben, nicht nur aus dem Telefonat Ihres Ministers mit seinem Amtskollegen aus Amerika, sondern auch aus anderen Quellen - so haben Sie es letztes Mal geschildert -, dass diese Ansicht oder diese Bewertung des BND veraltet gewesen sei. Ich stelle mir das dann so vor, dass man in so einer Krisenstabssitzung dann vielleicht auch einen Hinweis auf andere oder weitreichende oder abweichende Erkenntnisse gibt. Also, warum ist das da nicht zum Thema geworden nach dem Inhalt des Protokolls? Oder ist es zum Thema geworden? Fragen wir mal so rum.

Zeugin Petra Sigmund: Es war so klar, es war einfach so völlig klar, dass der BND hier etwas beschreibt, was durch die Realität überholt war, und das musste man in der Lage nicht weiter kommentieren.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun wissen wir aber, dass dieses Ihnen vorliegende Dokument nur eine nachträglich verkürzte Zusammenfassung der Krisenstabssitzung ist. Es gibt eine ungekürzte Fassung, und das Auswärtige Amt hat die Endfassung des Protokolls gekürzt. Haben Sie von diesem Vorgang Kenntnis?

Zeugin Petra Sigmund: Also, es gibt eigentlich immer nur *ein* Protokoll, und das wird dann noch einmal gegengelesen und ist dann das offizielle Sitzungsdokument, was aber auch kein Wortprotokoll ist normalerweise, sondern ein Festhalten der Hauptergebnisse der Sitzung. Wortprotokolle werden bei solchen Sitzungen eigentlich nicht erstellt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nee, das habe ich auch gar nicht gefragt. Aber meine Frage war: Haben Sie Kenntnis, dass es von dieser Sitzung des Krisenstabes am 13. August zwei Versionen des Protokolls gibt?

Zeugin Petra Sigmund: Nein.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Welche kennen Sie denn? Also, kennen Sie diese Version, -

(Abg. Thomas Röwekamp
(CDU/CSU) hält Unterlagen
hoch)

Zeugin Petra Sigmund: Ich kenne die.

(Die Zeugin hält Unterlagen
hoch)

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): - oder kommt Ihnen die als die vor, die Ihnen auch im Nachgang zur Sitzung zugeleitet worden ist?

Zeugin Petra Sigmund: Ja, also, ich glaube, sie ist mir - - Kann es sein, dass sie mir bei der letzten Befragung auch schon gezeigt wurde? Also diese hier

(Die Zeugin hält Unterlagen
hoch)

kenne ich, ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja. Okay. - Dann würde ich Ihnen gerne die uns vorliegende ausführlichere Fassung des Protokolls vorlegen. Das müsste MAT A AA-9.07 VS-NfD, Blatt 158, sein. - Entschuldigung, das war auch die falsche Quelle. Kleinen Moment, wir brauchen mal eben das richtige Protokoll. - Entschuldigung, wir haben das gerade aufgeklärt. Sie haben die ausführliche Fassung vorliegen.

Zeugin Petra Sigmund: Ich habe es, okay.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Also, wenn Sie keine Kenntnis davon haben, dass es eine andere Fassung gegeben hat, dann ziehe ich die Frage jetzt zurück und würde mit Ihnen gerne über diese ausführliche Fassung reden. Da spricht der BND ja auch von sogenannten Kippunkten, wenn Sie da vielleicht mal in den Wortbeitrag und in das Protokoll der BND-Vizepräsidentin schauen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Die Zeugin liest in den ihr
zuvor vorgelegten Unter-
lagen)

Da sind ja Anhaltspunkte genannt. Da einer der Kippunkte ist eine sogenannte Vereinbarung mit den Taliban. Jetzt haben wir ja Kenntnis davon, dass die frühere Botschafterin Frau Dr. Haber aus Washington am Tag vor der Krisenstabssitzung, also am 12. August, eine E-Mail an die Staatssekretärin Leendertse und an den Leiter AP 05, Herrn Krüger, und an andere geschrieben hat. Das ist MAT A AA-9.07 VS-NfD, Blatt 158. Und da berichtet sie aus einem Gespräch mit hochrangigen Vertretern der US-Administration. Den Namen sagen wir hier nicht, und ich werde mich auch bemühen, dass sozusagen keine Rückschlüsse auf Gesprächspartner zulässig sind. Und da heißt es - Zitat -:

█ dass die Taleban zwar Kabul einnehmen wollen, dabei ... einen Kampf um Kabul vermeiden wollen - sie wollen eher eine Erstickungsstrategie. █

Wie wahrscheinlich sei das? „█“
█

(Der Zeugin werden Unter-
lagen vorgelegt - Sie liest in
diesen Unterlagen)

Zitat Ende. - Das ist also eine Bewertung oder eine Information, die die Botschafterin Frau Dr. Haber aus Washington am Abend vor der Krisenstabssitzung ans Auswärtige Amt übermittelt hat.

Meine Frage ist: Hatten Sie Kenntnis von dem Inhalt dieser Nachricht zu Beginn der Krisenstabssitzung?

Zeugin Petra Sigmund: Nein. Die Nachricht ging nicht an mich.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ist im Rahmen der Krisenstabssitzung auf den Inhalt dieser Nachricht nach Ihrer Erinnerung eingegangen worden?

Zeugin Petra Sigmund: Ich muss noch mal überlegen, was das hier bedeutet, was ich hier lese.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, nehmen Sie sich die Zeit.

(Die Zeugin liest in den ihr
zuvor vorgelegten Unter-
lagen)

Zeugin Petra Sigmund: Ja, also so, wie ich das hier lese - und ich kannte das nicht -, wirkt das so, als dauere das doch alles noch länger, die Einnahme von Kabul. Aber weder diese Kippunkte-Diskussion hat bei mir jetzt irgendwie meinen Eindruck jedenfalls revidiert, dass die Ereignisse dabei waren, sich sehr schnell zu vollziehen - - Und dass es hier in Doha möglicherweise Gespräche gab mit den Taliban, das wussten wir. Das hat - - Oder dass es überhaupt Kontakte gab zu den Taliban, wussten wir, aber - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Also meine Frage ist: Hat in der Krisenstabssitzung diese Information, die Frau Dr. Haber aus Washington gegeben hat, dass über eine mögliche Übergabe, also friedliche Übergabe, Kabuls an die Taliban verhandelt werden könne, hat das im Rahmen der Krisenstabssitzung eine Rolle gespielt?

Zeugin Petra Sigmund: Nein.

(VLR Andreas Gloßner
(AA) meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Bundesregierung wünscht das Wort.



Nur zur dienstlichen Verwendung

VLR Andreas Gloßner (AA): Gut, jetzt hat die Zeugin schon selbst geantwortet. Aber die Zeugin hat ja vorher gesagt, dass sie keine Kenntnis von dieser Information hatte. Von dem her, finde ich, wird die Zeugin zur Spekulation gezwungen, wenn sie dann gefragt wird, ob diese Information, von der sie keine Kenntnis hatte, Eingang in die Krisenstabssitzung gefunden hat. Das ist dann - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Entschuldigung, Herr Gloßner, aber da muss ich Ihnen widersprechen. Das sind zwei verschiedene Fragen. Die erste Frage bezieht sich darauf, ob sie Kenntnis von dem Vorgang hat, und die zweite, ob das eine Rolle in der Krisenstabssitzung, an der sie ja teilgenommen hat, gespielt hat. Das sind zwei voneinander unabhängige Fragen. Man kann auch über den Vorgang geredet haben, ohne Kenntnis von dem Vorgang aus Washington gehabt zu haben. Also, das sind schon zwei verschiedene Dinge. Ich glaube, das ist eine korrekte Frage gewesen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. Und deswegen würde ich auch gern ganz konkret noch mal nachfragen: Hat nach Ihrer Erinnerung Frau Staatssekretärin Leendertse diese Information in der Krisenstabssitzung den Teilnehmern der Krisenstabssitzung, insbesondere auch den Vertretern des BND, mitgeteilt?

Zeugin Petra Sigmund: Nach meiner Erinnerung nicht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Jetzt würde ich gerne noch einmal auf die Hausbesprechung am Tag vorher zurückkommen. Da hat der Kollege Nürnberger Sie auch schon mal kurz zu befragt. Können Sie sich erinnern, was als Grund für die Einberufung dieser Hausbesprechung angegeben wurde?

Zeugin Petra Sigmund: Ich muss noch mal sagen: Wir haben täglich über Afghanistan gesprochen, weil wir eine tägliche Runde im Auswärtigen Amt haben, die sogenannte Direktorenrunde, morgens. Da wird gesprochen über die wichtigen Entwicklungen des Tages. Und wir haben ja vor allem in dieser Woche - ab dem, ich glaube, der 9. August war es - gesehen, dass die Taliban

immer weiter vorrücken auf Kabul, dass immer mehr Provinzen hier kampfflos übergeben werden den Taliban, dass wir also der Übergabe Kabuls irgendwie - - oder dass wir immer näher an Kabul rankamen. Und da war eine allgemeine - - Die allgemeine Auffassung war: Wir müssen jetzt einsteigen in die konkreten - - in konkrete Planungen der Evakuierung. Und das hat sich vollzogen in einer Reihe von Besprechungen, eben D-Runde und dann Hausbesprechung 12. und dann Krisenstabssitzung 13. und weitere Besprechungen, die daraus sich dann ableiteten. Also, es war nicht das einzige Mal am 12., dass wir über Afghanistan gesprochen haben.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Meine Frage war ja: Gab es einen besonderen Anlass - so will ich das mal formulieren - für die Einberufung dieser Sitzung, zum Beispiel die Frage, ob man für den nächsten Tag eine Krisenstabssitzung einberuft? Also ist das Thema gewesen am 12.?

Zeugin Petra Sigmund: Also, dass wir eine Krisenstabssitzung brauchen würden, das war Thema in den Gesprächen. Wir haben gesehen, wir kommen immer näher hin an die Evakuierungsnotwendigkeit, dass wir sozusagen die Planungen für die konkrete Evakuierung jetzt anstoßen müssen. Und das war - - Also, ob das jetzt so genau gesagt wurde am 12.: „Wir machen am 13. die Sitzung“ - - Aber die ganze Stimmung war so, dass das jetzt Zeit ist, in diese konkreten Planungen einzusteigen, und dazu brauchte es bestimmte Formate. Und das Format hierzu war der Krisenstab der Bundesregierung.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Kollege Röwekamp, wir sind am Ende Ihrer Fragen, -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ach so, okay.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: - und wir machen weiter mit Frau Kollegin Nanni.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich würde auch noch mal kurz bei der Krisenstabssitzung bleiben und die Frage stellen - guten Tag erst mal! hallo, Frau Sigmund! -, -

Zeugin Petra Sigmund: Guten Tag!



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - ob das Thema war, dass Staatssekretär Berger nicht da ist, aber bald ja wiederkommt, entweder bei der Hausbesprechung vorher oder im Rahmen der Krisenstabssitzung selbst.

Zeugin Petra Sigmund: Also, das Auswärtige Amt ist eigentlich so aufgebaut, dass immer einer der beiden Staatssekretäre da ist, und man weiß das eigentlich kaum, wer da ist, weil die beiden in der Lage sind, sich zu vertreten. Und insofern war das auch nicht Thema. Antje Leendertse war da und hat alles Notwendige in dieser Woche veranlasst.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Weiß ich jetzt nicht, ob wir das im Ausschuss so sehen, dass sie das gemacht hat; aber das können wir dann noch mit ihr besprechen. - War das denn Thema, ob man auf die Ankunft von Herrn Berger wartet mit der Evakuierungsentscheidung?

Zeugin Petra Sigmund: Nein, also, ich habe dazu keinerlei Aussagen gehört.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie noch mal kurz erzählen, was am Anfang von der Krisenstabssitzung gesagt wurde, wofür jetzt - - was das Ziel dieser Sitzung ist?

Zeugin Petra Sigmund: Also, das steht ja hier auch in dem Vermerk, und ich möchte eigentlich das hier gerne noch mal vortragen, weil das eigentlich sehr deutlich macht, in welcher Stimmung wir uns befanden in dieser Krisenstabssitzung.

„• **TLB machen rasche Fortschritte und erzielen Geländegewinne Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Kabul, insbesondere auf die Sicherheit der Botschaft und unserer Mitarbeiter.**

• **Reaktionen anderer Nationen (... GBR, USA), u.a. durch Verlegung des diplomatischen Personals aus der Green Zone an den ...**

Flughafen in Kabul.

• **Auswirkungen auf die Arbeitsfähigkeit der Botschaft hinsichtlich des Ortskräfteverfahrens und der Durchführung von Charterflügen**

• **Sicherheit unserer Mitarbeiter hat oberste Priorität - vor diesem Hintergrund ist größtmögliche Kreativität und Flexibilität beim OKV erforderlich.“**

Also da steht eigentlich alles drin, was die Stimmungslage war, in der wir uns befanden.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was jetzt nicht drinsteht, was der Kollege auch gerade schon angesprochen hat und was Sie jetzt auch noch mal hier ausgeführt haben, war dann doch gar nicht so eine unwichtige Information, nämlich dass die USA schon angekündigt haben, dass sie jetzt zum Flughafen verlegen.

Zeugin Petra Sigmund: Ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Steht ja nicht dadrin, in dem Protokoll, -

Zeugin Petra Sigmund: Ja, steht nicht drin, aber war bekannt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und wurde auch nicht besprochen, haben Sie gerade gesagt.

Zeugin Petra Sigmund: Mir war das jedenfalls bekannt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sollten im Modus von Frage und Antwort bleiben und nicht sozusagen in Formulierungsauseinandersetzungen - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten ja an dem Abend, als das Gespräch zwischen Maas und Blinken stattgefunden hat, schon Kenntnis darüber, dass es stattgefunden hat und auch was der Inhalt des Gesprächs war, haben Sie ja gerade ausgeführt. Habe ich das richtig verstanden?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Petra Sigmund: Ich kann Ihnen jetzt nicht mit letzter Gewissheit sagen, ob ich das am Abend noch erfahren habe oder erst am nächsten Morgen; aber ich hatte sehr rasch, da es ja sehr relevant war, Kenntnis von dem Inhalt dieses Gesprächs.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und haben Sie diese Kenntnis dann auch rasch weitergegeben und, wenn ja, an wen?

Zeugin Petra Sigmund: Also, meines Wissens ist dazu ein kleiner Mailvermerk gemacht worden, nicht durch mich, weil ich habe an diesem Gespräch nicht teilgenommen, vermutlich durch das Ministerbüro, und diese Vermerke gehen dann an alle relevanten Personen. Aber der müsste Ihnen wahrscheinlich auch vorliegen, dieser Vermerk.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage jetzt deshalb da so nach und auch, warum das bei der Krisenstabsitzung kein Thema war, weil in den bisherigen Befragungen der Eindruck entstanden ist, dass das wesentliche Problem war, dass in Kabul man schon viel eher gemerkt hat, dass die Amerikaner abhauen und was das für Konsequenzen hat für die Sicherung der Botschaft und für die weitere Handlungsfähigkeit, und man in Berlin auch durch die Abteilung - das ist jetzt nicht Ihre Abteilung gewesen -, aber die für die Beziehungen zu den USA zuständig ist, der Eindruck vermittelt wurde, die Amerikaner sichern die Green Zone weiter. Und wenn man das dann kombiniert mit dem BND-Kippunkt „Green Zone ist nicht gesichert“, dann ergibt sich da einfach ein schwieriger Stopp von Information. So Das will ich einfach nur mal als Statement auch hier sagen, damit Sie wissen, warum ich darauf so beharre und das noch mal verstehen will, wer da wann wem was gesagt hat oder auch nicht.

Jetzt gehe ich noch mal zurück zum 13.08. Da haben Sie etwas in Auftrag gegeben - das ist MAT A AA-9.76 VS-NfD, Blatt 59 -, und zwar in einer E-Mail an Andreas Krüger: „... bitte veranlassen: tägliches VS-nfD-Lagebild“ Botschaft Kabul. Ich lese das einmal kurz vor.

„... bitte veranlassen, dass wir spätestens ab Montag (besser früher) ein tägliches VS-nfD Lagebild aus Kabul bekommen nach einem gut sortierten, nützlichen Muster, das die Themen abdeckt, die uns jetzt unter den Nägeln brennen. Vorliegend im AA bitte bis spätestens 07.30 Uhr morgens deutsche Zeit.

Solange Leiter Kabul noch vT: bitte Lagebild an AP05, Verteilung dann über Euch an den breiteren Kreis.

Sobald neuer Leiter eingetroffen ist, kann das dann auch direkt an den größeren Verteiler.“

Können Sie mir einmal darstellen, was Sie am 13.08. veranlasste, ein tägliches Lage-Update aus Kabul anzufordern?

Zeugin Petra Sigmund: Ich wollte mehr Informationen aus Kabul, weil das für mich die relevante Informationsquelle war. Van Thiel hat ja, wie gesagt, immer schon Mails geschickt, aber ich wollte das systematisiert und täglich, sodass das morgens tatsächlich in die Lagebewertung - wir hatten, wie schon gesagt, morgendliche Sitzungen, wo Afghanistan immer eine Rolle gespielt hat - hier sofort einfließt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und warum sollte er nicht sofort an den großen Verteiler das schicken, sondern erst an AP 05?

Zeugin Petra Sigmund: Das kann ich heute gar nicht mehr so genau nachvollziehen. Vermutlich weil wir ja davon ausgingen, dass der neue Leiter Kabul ab dem Montag da ist - der war ja sozusagen schon im Zulauf -, und weil normalerweise, wenn Mails geschickt werden, gehen solche Mails an das Referat, und das Referat verteilt dann. War wahrscheinlich so eine Routineentscheidung, die sich jetzt anders liest. Aber es hatte keinen - - Der Beweggrund war: Ich will mehr O-Ton Kabul jeden Morgen lesen, damit ich weiß, was sich da vor Ort abspielt. Das war allerdings zu einem Zeitpunkt, als dann schon - - Das war ja am 13. oder 14., dass ich das angeordnet habe, und dann war am 15. die Verlegung an den Flughafen, und wir waren in einer ganz neuen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Phase, wo wir diese Lagebilder nicht mehr brauchten, weil wir einen täglichen Krisenstab hatten mit täglicher Zuschaltung von Kabul.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann möchte ich noch mal auf die Hausbesprechung zurückkommen. War es bei der Hausbesprechung Thema, die Einberufung der Krisenstabsitzung sofort mit dem Minister selbst zu machen?

Zeugin Petra Sigmund: Ich habe Sie akustisch nicht gut verstanden.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entschuldigung, ich habe einen Frosch im Hals heute. - Ob es Thema war bei der Hausbesprechung, dass die Krisenstabsitzung sofort unter Leitung des Ministers selbst erfolgt.

Zeugin Petra Sigmund: Das war in der Besprechung jedenfalls so nicht Thema, nach meiner Erinnerung. Aber ab dem Sonntag, ab dem 15., haben dann die Krisenstabsitzungen immer unter seiner Leitung stattgefunden und auch immer mit der Verteidigungsministerin. Beide waren - - Also, sie war zugeschaltet, er war physisch da, und dann hatten wir tägliche Krisenstabsitzungen mit zwei Ministern.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann geht es jetzt noch mal ein bisschen weiter nach vorne, an den Rand des Untersuchungszeitraums. Und zwar geht es um ein Gespräch, das die Bundeskanzlerin mit dem damaligen niederländischen Premierminister Rutte geführt hat. Das ist eine E-Mail von Ihnen, und zwar MAT A AA-9.76 VS-NfD, Blatt 126. Die schicken Sie unter anderem an die Staatssekretäre Berger und Leendertse und zitieren dann:

„Rutte: schlägt vor, [REDACTED]

BK'in: schlägt vor, [REDACTED]

VLR Andreas Gloßner (AA): Entschuldigung, also das ist jetzt - - Ich konnte - - Wir konnten es

einfach so schnell jetzt nicht nachvollziehen. Entschuldigung, dass ich auch direkt reinspringe, aber das ist ja ein Zitat aus einem Gespräch auf höchster Ebene, zumindest indirekt. Ich würde anregen, dass man das mit stillem Vorhalt macht, Schutz bilateraler Beziehungen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Dokument ist VS-NfD eingestuft.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Also, wir sind ja in einer sehr allgemeinen Form der Zusammenfassung; da sind ja keine konkreten Zuschreibungen zu Einzelnen, sondern das ist ein Ergebnis, was, glaube ich, öffentlich bekannt geworden ist. Also, ich glaube wirklich nicht, dass wir in der Nähe sind, hier solche Quellen zu verraten, sondern - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann auch das Zitat an der Stelle abbrechen. - Ihnen ist ja sicherlich das Optionenpapier, was da entstehen sollte, auch bekannt. Vielleicht können Sie einfach mal das dazu ausführen, was Ihnen dazu bekannt ist, zu den Plänen.

Zeugin Petra Sigmund: Können Sie mir - - Vielleicht können Sie es mir trotzdem einmal geben, -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeugin Petra Sigmund: - dass ich das Datum noch mal habe, von wann das war.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 29.08., wie gesagt, am Rande des Untersuchungszeitraums.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Sie liest in diesen Unterlagen)

Zeugin Petra Sigmund: 29.08. - Also, ich muss dazusagen: Das war auch der besonderen Lage geschuldet, dass jetzt hier überhaupt solche Mails von mir verschickt worden sind. Das macht man normalerweise nicht, hat man ganz anders eingestuft dann über solche Gespräche informiert; aber es war die besondere Lage.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wir haben zu dem Zeitpunkt schon - das war schon das Ende der Evakuierungsmission - überlegt: Welche Kriterien müssen wir denn anlegen an eine Zusammenarbeit mit den Taliban? Dazu gab es sowohl deutsch-französische Erklärungen als auch schon Überlegungen, erste Überlegungen im EU-Kreis. Nach meiner Erinnerung haben wir da fünf Kriterien entwickelt, nämlich Ausreise - die Menschen müssen ausreisen dürfen, so sie das möchten -, die humanitäre Hilfe muss zu den Menschen gelangen, es müssen Menschen- und Frauenrechte eingehalten werden, es muss ein Bekenntnis zu „kein Terrorismus“ und es muss ein Bekenntnis zu einer inklusiven Regierung geben. Das sind die Voraussetzungen für eine spätere, künftige Zusammenarbeit mit den Taliban. So war unsere Überlegung. - Und was war jetzt Ihre genaue - - Also, das ist die Antwort.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und da ist dann aber im Untersuchungszentrum auch nicht zu gekommen, zu dieser „some kind of presence of our countries“.

Zeugin Petra Sigmund: Also, die haben wir ja bis heute nicht. Das war, glaube ich, eine sehr weit nach vorne blickende Überlegung, aber zumal - - sondern wir haben zunächst einmal daran gearbeitet, zu sagen: Was sind, wie gesagt, die Bedingungen, unter denen wir überhaupt mit den Taliban zusammenarbeiten und die dann auch aus unserer Sicht bis heute eigentlich Voraussetzungen sind für eine Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen und einer diplomatischen Präsenz? Das war jetzt weit in die Zukunft geblickt, in dieser Lage.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sind am Ende der Runde. - Herr Keuter.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Abend, Frau Sigmund! Laut Fundstelle MAT A BKAm-3.60 VS-NfD, Blatt 27, soll Markus Potzel Ende Februar 2020 durch die US-Amerikaner in Doha Einblick in die geheimen Zusatzprotokolle zum Doha-Abkommen erhalten und diesen dann inhaltlich auch grundsätzlich zugestimmt haben. Ist Ihnen bekannt geworden, aus welchen Gründen Markus Potzel den gehei-

men Zusatzprotokollen zum Doha-Abkommen inhaltlich grundsätzlich zugestimmt hat? Haben Sie mit ihm, Ihren Kollegen oder Vorgesetzten darüber einmal gesprochen?

Zeugin Petra Sigmund: Also, das ist mir so nicht bekannt, was da mit „grundsätzlich zugestimmt“ gemeint ist. Was ist gemeint?

Stefan Keuter (AfD): „Grundsätzlich“ bedeutet, dass nicht bis in die einzelnen Punkte alle Zusatzpunkte kommentiert worden sind, aber dass er im Namen des Auswärtigen Amtes der Bundesregierung Zustimmung zu den Protokollen gegeben hat.

Zeugin Petra Sigmund: Also, das waren ja keine Protokolle, zu denen wir irgendwie um Zustimmung gebeten worden wären. Es ging ja um ein Abkommen zwischen der Trump-Administration und den Taliban. Also, hier ist die Wortwahl meines Erachtens falsch. Ich glaube mich zu erinnern, dass er in der Tat einen Einblick bekommen hat in die Zusatzprotokolle. Aber wir waren eigentlich immer alle sehr kritisch, und zwar alle miteinander, Auswärtiges Amt, aber auch andere Ministerien der Bundesregierung, gegenüber diesem Doha-Abkommen als Ganzes.

Stefan Keuter (AfD): Ich würde Ihnen da gerne das entsprechende Dokument einmal vorhalten.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Sie liest in diesen Unterlagen)

Zeugin Petra Sigmund: Ja, okay.

„In der wenig transparenten Genese des Vertrages ist auf die Besonderheit hinzuweisen, dass die NATO anscheinend erst sehr spät (später als DEU) informiert war und dass der DEU AFG-Sonderbeauftragte, Markus Potzel - anders als andere Staatenvertreter -, immerhin Einblick in die bis dato noch nicht zugesandten Annexe erhalten hat, so dass man grds. zustimmen konnte.“



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber dieses „so dass man grds. zustimmen konnte“ - - weiß ich jetzt nicht genau, worauf sich diese Zustimmung bezieht. Also wahrscheinlich - ich habe das jetzt in der Kürze der Zeit nicht ganz lesen können - darauf: Ihr habt es doch gesehen. - Aber gesehen hieß überhaupt nicht hier zustimmen diesem Abkommen und dem, was es dann losgetreten hat.

Stefan Keuter (AfD): Gut, vielen Dank für diese Erklärung. - Kommen wir zum nächsten Fragepunkt. Jan van Thiel berichtete uns in seiner Vernehmung laut vorläufigem Protokoll der Untersuchungsausschusssitzung vom 14. März diesen Jahres - auf den Seiten 97, 98 des Protokolls - davon, dass er von der Leitung des Auswärtigen Amtes im Unklaren darüber gelassen worden sei, dass die Taliban Sicherheitsgarantien für die deutsche Botschaft ausgesprochen hatten. Wörtlich sagte Herr van Thiel uns - Zitat Anfang -:

„Der Taliban in Doha hat ... eine Zusage gemacht: „Sicherheit von Vertretungen..., aber die ist uns“

- damit ist wohl das deutsche Botschaftspersonal in Kabul gemeint -

„nie kommuniziert worden ...“

Zitat Ende. - Können Sie uns sagen, aus welchen Gründen das Auswärtige Amt dem Kabuler Botschaftspersonal nicht kommuniziert hat, dass die Taliban die Sicherheit der deutschen Botschaft garantiert hatten?

Zeugin Petra Sigmund: Sicherheitsgarantien der Taliban sind in meinen Augen ein Widerspruch in sich.

Stefan Keuter (AfD): Okay. - Laut Fundstelle MAT A AA-9.76 VS-NfD, Blatt 47 und 48, entspannt sich am 11. August 21 eine AA-interne Diskussion über die Frage, ob die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in den inzwischen von den Taliban eroberten und kontrollierten Gebieten fortgesetzt werden solle. Den Akten ist zu entnehmen, dass das BMZ sich damals für eine komplette Aussetzung der EZ in Talibangebieten aussprach. Jasper Wieck stellte Ihnen, Frau

Sigmund, gegenüber laut MAT A AA-8.650 VS-NfD, Blatt 81, in diesem Zusammenhang dann da - Zitat Anfang -:

„Wir“

- also die Arbeitsebene des AA -

„hatten Frage der Suspendierung auch mit StS Berger vor seinem Urlaub ausführlich diskutiert und uns aus guten Gründen dagegen entschieden ...“

Zitat Ende. - Können Sie bestätigen, dass bis zum Fall von Kabul, also 15.08.21, die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in den von Taliban kontrollierten Gebieten weiterlief? Und, wenn ja, können Sie uns sagen, weshalb sich das Auswärtige Amt vor dem 15.08.21 dazu entschieden hatte, die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in von den Taliban kontrollierten Gebieten weiterlaufen zu lassen?

Zeugin Petra Sigmund: Also, die Entwicklungszusammenarbeit wird vom Entwicklungshilfeministerium gemacht, nicht vom Auswärtigen Amt. Und ich erinnere mich - und vielleicht könnten Sie mir das Dokument hier auch noch mal zur Verfügung stellen -, -

Stefan Keuter (AfD): Kommt. Ja.

Zeugin Petra Sigmund: - dass ich damals gebeten habe, dass wir das einmal komplett durchdenken, ob wir das wirklich machen wollen,

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt)

und zwar: Was spricht dafür - die Menschen, denen solche Entwicklungszusammenarbeit immer auch zugute kommt -, bzw. was spricht dagegen? Die Stabilisierung der Taliban, überhaupt dass wir mit denen unkonditioniert zusammenarbeiten. Und nach meiner Erinnerung - ich gucke mir das gleich an - wollte ich dazu eine ausführliche Diskussion im Rahmen einer Vorlage - denn hier ging es um viel Geld -, wo wir dann in Kenntnis aller Gründe zu einer Meinung kommen: Setzen wir aus, oder setzen wir nicht aus?



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Die Zeugin liest in den ihr zuvor vorgelegten Unterlagen)

Und ich meine - und da steht es -:

„Ich schließe gar nicht aus, dass wir am Ende der Überlegungen ungefähr da rauskommen, wo Abt. S die Zielmarke sieht,“

- nämlich sozusagen die Entwicklungshilfe aussetzen -

„aber das sollten wir nicht auf Basis einer einseitigen Argumentation tun, sondern auf Basis einer Rundum-Analyse.“

Also eine ordentliche sozusagen Diskussion: Machen wir hier alles richtig?

Stefan Keuter (AfD): Ist es richtig, dass afghanische Ortskräfte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit vor dem Fall von Kabul, also wieder Stichpunkt 15.08.21, in von den Taliban kontrollierten Gebieten arbeiteten und lebten?

Zeugin Petra Sigmund: Das kann ich Ihnen so nicht sagen.

Stefan Keuter (AfD): Gut. - Herr van Thiel hat in seiner Vernehmung vor dem Ausschuss darauf hingewiesen - ich beziehe mich hier auf das vorläufige Protokoll des Untersuchungsausschusses vom 14.03.24, Seite 95 -, dass das Auswärtige Amt das Gewicht Deutschlands in der internationalen Afghanistan-Politik - Zitat - wie eine „Monstranz“ vor sich hertrug.

Eine andere Fundstelle. Zitat Anfang:

„wir waren immerhin so besonders, dass ich kämpfen musste, dass wir am 10.08.

- also 21 -

„... zur Doha-Friedenskonferenz eingeladen wurden als Deutschland, so besonders waren wir.

Das ist Zitat aus dem vorläufigen Protokoll des Untersuchungsausschusses, Seite 95; das ist die Sitzung vom 14.03.24.

Eine andere Fundstelle: MAT A AA-9.80 VS-NfD, Blatt 29. Zitat Anfang:

„- deutsche Position von US kaum unterscheidbar. Insofern irrelevant ...“

Zitat Ende. - Die Frage an Sie, Frau Sigmund: Hat das Auswärtige Amt seine eigene Rolle in der internationalen Afghanistan-Politik überschätzt? Gab es nach dem 15.08.21 hierzu eine AA-interne Bestandsaufnahme?

Zeugin Petra Sigmund: Also, das sind ja politische Bewertungen von Herrn van Thiel, die ich so nicht teile. Wir waren der zweitgrößte Truppensteller in Afghanistan, wir waren 20 Jahre dabei, und wir hatten in der Tat, als dann die Trump-Administration übernommen hatte und hier sehr eigenmächtig anfang, mit den Taliban zu verhandeln - Doha-Abkommen, dann schloss mit Voraussetzungen zu einem Time-based-Abzug -, da Schwierigkeiten, hier weiter durchzudringen und die Abstimmungen zur Afghanistan-Politik mit den USA in einer partnerschaftlichen Weise fortzuführen. Aber wir waren, was Bemühungen anbelangt, hier doch noch zu einem Powersharing Agreement zu kommen, doch einer der engagierten Staaten, am Ende erfolglos, aber einer der sehr engagierten Staaten, und es war uns immer wichtig im Rahmen unseres Afghanistan-Engagements, dass wir hier gucken, dass wir zu einer nachhaltigen Entwicklung in diesem Land kommen. Überschätzt! Am Ende waren wir nicht erfolgreich; aber es hat nicht daran gelegen, dass wir uns nicht dafür engagiert hätten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir wechseln zur FDP. Frau Kollegin.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Schönen guten Abend! Ich möchte auch noch mal auf die Krisenstabssitzung kurz zurückkommen. Sie haben heute und auch beim letzten Mal in Ihrer Aussage ja wiederholt betont, wie ernst die Sorgen der Botschaft und



Nur zur dienstlichen Verwendung

des Gesandten van Thiel in Berlin genommen wurden. Da haben wir heute auch schon mal drüber gesprochen. Dennoch haben wir hier eine Aussage von Botschafter Potzel aus seiner Befragung vor diesem Ausschuss - das ist das vorläufige Protokoll 20/68, Seite 19 -, in der Herr Potzel eine Aussage des Sicherheitsberaters der Botschaft, Herrn Fisch, bestätigt, dass Herr Potzel noch am 14. August, also einen Tag nach der Krisenstabssitzung, die Botschaft dazu aufgefordert hat, auf dem Compound zu bleiben und noch nicht zum HKIA zu verlegen. - Das passt meiner Meinung nach nur bedingt zu der Aussage von Ihnen, man habe die Sorgen der Botschaft besonders ernst genommen. Können Sie diese Diskrepanz vielleicht noch mal erklären?

Zeugin Petra Sigmund: Also, wir haben verlegt an den Flughafen am Sonntag, den 15., und zwar zusammen mit den Amerikanern. Wir sind eingetreten in die ganze Planung „Evakuierung und Verlegung unserer Botschaft an den Flughafen“ ab dem 13. Das ist meine Erinnerung. Ab dem 13. waren wir in diesem Modus.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Am 14. ja noch nicht. Also, am 14. hat Herr Potzel noch gesagt, man soll auf dem Botschaftsgelände bleiben.

Zeugin Petra Sigmund: Also, Herr Potzel war zu diesem Zeitpunkt in Doha, soviel ich weiß, und war dazu nicht der maßgebliche Entscheider, zu dieser Frage, sondern nach allem, was ich mich erinnere, war zu diesem Zeitpunkt schon klar - - also klar war, dass die Amerikaner uns zugesagt hatten, dass sie uns mit ihren Maschinen, unser verbliebenes Personal, an den Flughafen mitnehmen würden und dass wir spätestens dann an den Flughafen müssen, wenn die Amerikaner die letzte Maschine dahin schicken. Das war klar.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Aber haben Sie mit Herrn Potzel zu dem Thema geredet, also am 13. oder 14.?

Zeugin Petra Sigmund: Nein.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. - Sie hatten ja auch gesagt, dass man in der Krisen-

stabssitzung am 13. August die Aussagen der Botschaft für wichtiger und fundierter genommen habe als die Aussagen des BND. Das haben wir heute und auch beim letzten Mal ja schon besprochen. Hierzu möchte ich Ihnen gerne MAT A AA-9.121 VS-NfD, Blatt 58, vorhalten. Hier schrieb eine der Teilnehmerinnen der Krisenstabssitzung vom 13. August 2021 Folgendes in einer internen E-Mail - ich zitiere -:

„Lieber Stefan, ganz im Vertrauen: In den letzten Krisenstabssitzungen wurde die Bo Kabul nicht gerade nett behandelt. vThiel mag nerven, aber letztlich hatte er ja - im Gegensatz zu den zahlreichen und ausführlich angehörten BND-Kollegen und den überoptimistischen AP05ern sehr recht, nur wurde er kaum angehört.

Das kam - auch wie die fehlende Frage danach, wie es den Kolleg*innen vor Ort überhaupt geht -, ziemlich schlecht an. Hier wäre was gut zu machen.

Ist ja vielleicht schon passiert, aber nur als Tipp.“

Dieses Zitat passt jetzt für mich nicht so ganz zu Ihren Schilderungen der Sitzung. Ich möchte Sie noch mal fragen, ob Sie bei Ihren Aussagen bleiben oder ob Sie das noch etwas anders einordnen oder richtigstellen wollen.

Zeugin Petra Sigmund: Ich würde gerne das hier jetzt auch einmal sehen, weil ich kenne diese Mail nicht.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Das ist richtig, weil die auch nicht an Sie ging, sondern das war praktisch intern. Aber das können wir Ihnen gerne vorlegen, ja.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt)

Zeugin Petra Sigmund: Also ich kann wiederholen, wie ich die Sitzung wahrgenommen habe, nämlich dass die Schilderung van Thiels zur Lage in Kabul absolut glaubhaft war und uns



Nur zur dienstlichen Verwendung

dazu bewogen hat, zu entscheiden, nicht im Rahmen der Sitzung, sondern dann danach, wir müssen jetzt alle Verfahren einleiten, um diese Evakuierung zu beginnen.

Es war ja dann - - Ich meine, nach der Krisenstabssitzung am 13.08. gab es eine Obleuteunterrichtung. Darüber ist nach meiner Erinnerung schon gesprochen worden in der Krisenstabssitzung, dass wir eine Obleuteunterrichtung machen mit Blick auf „Jetzt müssen wir möglicherweise - - Jetzt müssen wir verstärken, müssen wir Bundeswehr nach Kabul schicken, um die Evakuierung durchzuführen.“ Also, die Verfahren für die Evakuierung sind ja unmittelbar angestoßen worden nach der Krisenstabssitzung. Und offenbar, nach dem, was Sie mir jetzt vorlesen, gab es unterschiedliche Wahrnehmungen einzelner Personen, die an dieser Sitzung teilgenommen haben. Aber die Entscheidungen fußen auf der Wahrnehmung - - oder auf der gleichen Wahrnehmung, wie ich sie hatte, nämlich, dass die Lage jetzt erforderte, unmittelbar in die - wie wir es genannt haben - Eventualplanungen zur Evakuierung einzusteigen. Und das fing an mit Obleuteunterrichtung und dann Anstoß an das BMVg, die ja Planungen ab dem April gemacht hatten „Wie kann so etwas aussehen?“, das jetzt alles in Gang zu bringen. Und die - -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Darf ich Sie vielleicht kurz unterbrechen? - Ich nehme Ihre Schilderung so wahr, man hat den Herrn van Thiel gehört, und dann hat sich praktisch das Rad in Bewegung gesetzt. Und damit ist Ihre Aussage - - unterscheidet sich doch sehr fundamental von anderen Aussagen zu der Krisenstabssitzung von der Rolle der Aussage von Herrn van Thiel. Vielleicht könnten Sie das einfach noch mal versuchen einzuordnen.

Zeugin Petra Sigmund: Ich glaube, es ist - - Möglicherweise ist es sozusagen - - an wie viele Krisenstabssitzungen hat man schon teilgenommen, wie gut kennt man - - wie sehr ist man im Loop der anderen Diskussionen im Auswärtigen Amt? Weil, wie schon gesagt, diese Krisenstabssitzung war nicht der einzige Ort, an dem über Afghanistan und die Lage gesprochen wurde; es wurde jeden Morgen darüber gesprochen. Daraus hatte ich

den deutlichen Eindruck, dass wir jetzt hier - - allen klar war, hier würde jetzt die Evakuierung angestoßen werden müssen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Aber - Entschuldigung - es ist ja schon so, dass van Thiel am 14. August aufgefordert wurde, die Botschaft noch nicht zu evakuieren. Da sind wir uns schon einig.

Zeugin Petra Sigmund: Nee.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir müssen uns nicht einig werden.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Das ist einfach Fakt, oder?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir müssen bitte fragen und die Zeugin antworten lassen.

Zeugin Petra Sigmund: Ja.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Und ich muss schon sagen: Wir kreisen jetzt eine ganze Weile darum, dass die Zeugin mehrmals wiederholt hat, dass das ihre Erinnerung an die Sitzung sei, so wie das im Protokoll wiedergegeben ist. Auch wenn noch von sieben Ecken gefragt wird, ist es immer die gleiche Aussage, dass das ihre Erinnerung ist. Das sollten wir auch nicht überstrapazieren, bitte.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Gut. Dann bin ich in der Runde erst mal fertig. Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann unterbreche ich die Sitzung für fünf Minuten, und dann fahren wir mit der nächsten Runde fort.

(Unterbrechung von
20.20 bis 20.30 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fahren fort, und die zweite Runde wird eröffnet. Ich habe verstanden, die SPD-Fraktion hat keine Fragen.

Jörg Nürnberger (SPD): Das Verständnis des Vorsitzenden ist völlig korrekt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist gut. Dann darf der Kollege Nürnberger nicht, aber der Kollege Röwekamp, der sich schon so gefreut hat, das Wort haben. Bitte schön.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich möchte noch mal auf die Afghanistan-Besprechungen kommen, auf die Sie ja hingewiesen haben. Sie haben ganz viel, eigentlich jeden Tag - so habe ich das verstanden -, über Afghanistan geredet in dieser Zeit; Mitte August bin ich jetzt. Nun liegt uns hier eine E-Mail von dem Kollegen Potzel vom 10. August aus seinem Urlaub an den persönlichen Referenten von Staatssekretär Berger vor. Das ist MAT A AA-2.30 VS-NfD, Blatt 167. Ich zitiere daraus.

„StS'in L lädt jetzt quasi täglich zu AFG-Besprechungen ein. Das ist ja auch richtig, wichtig und angebracht. Allerdings lädt sie einen etwas merkwürdigen Personenkreis dazu: ...“

- Dann kommt eine Aufzählung von Teilnehmern. -

„Ich hoffe, das läuft dann wieder in den richtigen Bahnen, sobald StS B wieder da ist.“

Zitat Ende. - Meine Frage ist: Wir haben uns Ihren Kalender angeschaut - das ist MAT A AA-9.77, Blatt 6 und 7 - und haben keine Hinweise auf Ihre Teilnahme an nahezu täglichen Afghanistan-Besprechungen gefunden. Meine Frage ist jetzt: Haben Sie an nahezu täglichen Afghanistan-Besprechungen der Staatssekretärin Leendertse teilgenommen, und haben Sie Erkenntnisse zu einem „merkwürdigen Personenkreis“ der Teilnehmer?

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt)

Zeugin Petra Sigmund: Wir haben im Auswärtigen Amt eine tägliche sogenannte Direktorenrunde. Da wird drüber gesprochen: Was sind sozusagen die aktuell wichtigen Themen des Tages? In der Sitzung sitze ich als Abteilungsleiterin drin, wenn ich da bin, manchmal auch einer meiner

beiden Beauftragten. Und da spielte in dieser Situation Afghanistan täglich eine Rolle. Das wurde vorgebracht entweder durch mich oder durch den Leiter Lagezentrum, Jens Jokisch, oder durch Abteilung 2, die die ganze US-Komponente, Abzug betreut haben, oder durch Abteilung 5, Ortskräfteverfahren. Viele im Haus, im Auswärtigen Amt, waren ja beschäftigt mit Fragen von Afghanistan. Es war immer Thema.

Jetzt zu der Frage solcher kleiner Runden. Ich muss noch mal sagen: Ich war ja - - Wir hatten ja von der Zuständigkeit für Afghanistan eine Sonderregelung, wenn man so will, einen Beauftragten, einen Afghanistan-Beauftragten der Bundesregierung, vom Kabinett ernannt. Das war nicht ich, sondern das war mein Stellvertreter. Insofern war ich auch regelmäßig nicht an solchen Runden beteiligt zu Afghanistan.

(Die Zeugin liest in den ihr
zuvor vorgelegten Unter-
lagen)

Aber hier den Personenkreis, der hier genannt ist: D2, D S, S-B-1 - - D2 ist eben Politischer Direktor, der die ganzen Kontakte mit den USA zur Frage Abzug hatte. Und insofern verstehe ich schon, dass auch in einem solchen Kreis hier Gespräche mit der Staatssekretärin stattfanden. Aber es war eben nicht der einzige Kreis.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Meine Frage ist ja eher, weil Sie eben auch gesagt haben, die beiden Staatssekretäre haben sich in der Aufgabenwahrnehmung da abgewechselt - - Jetzt meine Frage: Hat es aus Ihrer Erinnerung unterschiedliche Gesprächsinhalte und unterschiedliche Gesprächsteilnehmer unter der Leitung von Staatssekretär Berger und Staatssekretärin Leendertse gegeben, wie Herr Potzel das hier schreibt?

Zeugin Petra Sigmund: Also, da ich an den meisten dieser Besprechungen nicht teilgenommen habe - - an denen hier nicht, aber ich war in der täglichen Direktorenrunde, in der beide Staatssekretäre drinsitzen, damit eben immer sozusagen beide wissen, was die Themen des Tages sind. Wenn einer nicht da ist, natürlich nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber da sitzen im Prinzip beide Staatssekretäre. Und für mich macht auch dieser Kreis hier aus dem Politischen Direktor, der, wie gesagt, sowohl alle Fragen des Afghanistan-Bundeswehreinsetzes verantwortet hat als auch Beziehungen zu den USA, zu Kanada, zu G7-Ländern in seiner Zuständigkeit hatte - - Für mich macht das Sinn, dass es auch eine solche Runde gibt. Aber es gab eben auch andere Runden, wo dann der Afghanistan-Beauftragte bzw. andere beteiligte Abteilungen im Haus teilgenommen haben.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Dann würde ich jetzt wieder auf die Sitzung zurückkommen am 12. August, an der Sie teilgenommen haben. Da scheint ja offensichtlich Herr Potzel zugeschaltet gewesen zu sein. Nach unseren Informationen befand er sich, haben Sie vorhin, glaube ich, auch gesagt, zu dieser Zeit gar nicht in Kabul und war auch in Urlaub. Und da wird zur politischen Lage und Situation der Botschaft Kabul gesagt - Zitat -:

- „• Kabul wird nicht schnell zu überrennen sein, Kämpfe sind zu erwarten. Einige Nachrichtendienste sagen Fall von Kabul in 30-90 Tagen voraus.“

Zitat Ende. - Können Sie sich daran erinnern, dass Herr Potzel diese Einschätzung in der Hausbesprechung am 12.08.21 gegeben hat?

Zeugin Petra Sigmund: Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun haben Sie vorhin gesagt, in der Krisenstabssitzung wäre allen klar gewesen, dass die Einschätzung des BND, Kabul würde erst in 30 bis 90 Tagen fallen, veraltet gewesen sei. Am Tag vorher hat der Leiter Kabul aber die gleiche Einschätzung gegeben: 30 bis 90 Tage. Können Sie sagen, was innerhalb von 24 Stunden dazu geführt hat, dass Sie diese Ansicht für veraltet gehalten haben?

Zeugin Petra Sigmund: Das war ausweislich des Protokolls der zukünftige Leiter Kabul, -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja.

Zeugin Petra Sigmund: - der sich nicht in Kabul befand.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau.

Zeugin Petra Sigmund: Und auch diese Information war nicht zutreffend. Und so ist es auch eingeschätzt worden, dass er hier - - dass diese Einschätzung von der Realität bereits überholt war.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Auch bereits - das ist der Hintergrund meiner Frage - in der Sitzung am 12.08.? Also auch die Einschätzung von Herrn Potzel „30 bis 90 Tage“ war Ihrer Ansicht nach zu diesem Zeitpunkt bereits überholt? Das ist jetzt suggestiv gefragt.

Zeugin Petra Sigmund: Also, nicht überholt, aber - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): War Ihrer Einschätzung nach das überholt?

Zeugin Petra Sigmund: Es war eine Meinung, und sie wurde von mir und auch von vielen anderen nicht geteilt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Was war denn Ihre Einschätzung zu diesem Zeitpunkt?

Zeugin Petra Sigmund: Meine Einschätzung war: Die Taliban sind dabei, das gesamte Land einzunehmen inklusive Kabul, und das wird sich schneller vollziehen, als wir bislang angenommen haben. Ich habe nicht vorausgesehen - und andere auch nicht -, dass das dann im Laufe des Wochenendes schon passieren würde. Aber dass wir in einer enorm dynamischen Entwicklung waren, wo wir hier nicht davon ausgehen konnten, dass das hier Monate sich hinziehen würde, das haben wir gesehen - und auch durch die Berichterstattung unserer Botschaft in Kabul, aber auch durch Gespräche mit anderen, die diese Meinung ebenfalls geteilt haben.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wenn ich mit Ihnen dann noch mal auf die letzte Seite dieses Gesprächsvermerks springen darf. Da heißt es in dem fünften Kullerpunkt - fängt mit „OKV“ an - - Wenn Sie das finden, da steht:



Nur zur dienstlichen Verwendung

„• OKV“

- also Ortskräfteverfahren -

„und Charterflüge zur Abholung der LBS sind politisch-medial sehr aufgeladen - Evakuierung/Schließung der Botschaft vor Durchführung von OKV-Chartern wäre politisch nicht auszuhalten.“

Können Sie sagen, wer diese Einschätzung gegeben hat?

(Die Zeugin blättert und liest in den ihr zuvor vorgelegten Unterlagen)

Zeugin Petra Sigmund: Warte mal, jetzt bin ich hier - - Entschuldigung.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Also, wir reden - Entschuldigung - über das Protokoll der Hausbesprechung vom 12.08.21.

Zeugin Petra Sigmund: Ja, das mit dem „politisch nicht“ - - Warte mal. Ich finde diesen Bullet Point nicht. Kleinen Moment.

(Die Zeugin blättert und liest in den ihr zuvor vorgelegten Unterlagen)

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Letzte Seite ist es bei mir. Fängt oben an mit:

„• Entscheidung zur Schließung der Botschaft und Durchführung ...“.

Zeugin Petra Sigmund: Ja, okay.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Und da jetzt einige Punkte runter, fängt mit „OKV“ an.

(Die Zeugin blättert und liest weiter in den ihr zuvor vorgelegten Unterlagen)

Zeugin Petra Sigmund: Nee, bei mir fängt nichts mit „OKV“ an.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie haben eine eigene Ausgabe, ne?

(Zuruf: Bei uns auch nicht!)

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Bei Ihnen auch nicht. Also MATA AA - ist meine Quelle - 9.84 VS-NfD, Blatt 17 f.

Zeugin Petra Sigmund: Können wir das kurz vergleichen? Entschuldigung.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Also, ich habe es mir ja nicht selbst aufgeschrieben.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das will ich hoffen.

Zeugin Petra Sigmund: Oder ich bin jetzt hier betriebsblind.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das müssen wir klären. Das ist bei mir 9.64. - Sie können es nicht finden, alle?

Zeugin Petra Sigmund: Ich habe hier so einen leeren Bullet.

(Ein Mitarbeiter der CDU/CSU-Fraktion begibt sich zum Platz der Zeugin, legt ihr Unterlagen vor und spricht mit ihr)

- Ich habe was anderes; ich habe hier was anderes.

(Zuruf eines Mitarbeiters der CDU/CSU-Fraktion: Das ist auch nicht unseres!)

- Aha.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Kriegen wir andere Versionen? - Gut.

Zeugin Petra Sigmund: Das, was mir vorgelegt wurde hier, enthält diesen Bullet nicht. Aber okay.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Aha. Okay. Dem gehen wir noch mal gesondert nach. - Aber jetzt haben Sie es, glaube ich. Wenn Sie da noch mal gucken.

Zeugin Petra Sigmund: Jetzt habe ich es.

„• OKV und Charterflüge zur Abholung der LBs sind politisch-medial sehr aufgeladen - Evakuierung/Schließung der Botschaft vor Durchführung von OKV-Chartern wäre politisch nicht auszuhalten.“

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. Jetzt würde mich noch mal interessieren: Aus Ihrer Erinnerung heraus: Wer hat sozusagen diese Einschätzung, dass etwas politisch nicht auszuhalten sei, im Rahmen dieser Besprechung geäußert? Und war das übereinstimmende Auffassung aller Teilnehmer?

(Die Zeugin blättert und liest in den ihr zuvor vorgelegten Unterlagen)

Zeugin Petra Sigmund: Also, das hier ist ja sozusagen die Zusammenfassung der Hauptergebnisse -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): ... durch die Staatssekretärin. Genau.

Zeugin Petra Sigmund: - durch die Staatssekretärin. Von wann war das? - Am 12. Wir wussten, wir würden in die Evakuierung gehen müssen. Und die Frage war für uns schon damals: Wann muss die Botschaft sozusagen, wann müssen wir das Botschaftsgelände verlassen? Und inwieweit konterkariert das Verlassen des Botschaftsgeländes unsere Bemühungen, doch noch so viel wie möglich deutsche Staatsangehörige, Ortskräfte, Schutzbedürftige mit rauszunehmen? Das war schon - - Das schwang alles schon mit in den Köpfen, dass wir in dieser Lage sein würden.

Und bei der Sitzung - ich gucke jetzt noch mal, wer teilgenommen hat - -

(Die Zeugin blättert und liest in den ihr zuvor vorgelegten Unterlagen)

Das war eine Sitzung „Hausbesprechung“. Da nimmt dann auch teil unser Pressereferat. Also 013 ist zum Beispiel das Pressereferat des Auswärtigen Amtes. Die bringen dann vermutlich - - werden die das eingebracht haben, dass also auch aus Mediensicht, wenn die Botschaft sozusagen schließt oder abgezogen ist, bevor wir Bemühungen unternommen haben, so viel wie möglich deutsche Ortskräfte, Schutzbefohlene noch rauszubekommen - - dass das politisch und auch durch Medien - - dass es nicht auszuhalten ist, das teile ich. Das teile ich, weil das war mit sozusagen die Schwierigkeit, genau das richtige Zeitfenster zu finden, ab wann wir die Botschaft, die Arbeit der Botschaft in Kabul sozusagen beenden, indem wir an den Flughafen verlegen bzw. evakuieren.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann würde ich noch mal gerne nach Ihrem Verständnis fragen und Ihrer Erinnerung. Was heißt „politisch nicht auszuhalten“? Innenpolitisch nicht auszuhalten? Also, wie haben Sie diese Einlassung offensichtlich aus dem Pressereferat verstanden?

Zeugin Petra Sigmund: Das muss nicht nur das Pressereferat sein, aber dass Mediengesichtspunkte hier auch eine Rolle spielen, das bringt das Pressereferat.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Sie haben gesagt, Sie konnten das nachvollziehen.

Zeugin Petra Sigmund: Ja, ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Also die Botschaft „Wir evakuieren die Botschaft, aber Ortskräfte gibt es doch keine Lösung“ - so fasse ich das jetzt mal für mich zusammen - war für Sie nachvollziehbar. Meine Frage jetzt: War das innenpolitisch motiviert?

Zeugin Petra Sigmund: Das war uns in den ganzen Monaten vor der Evakuierung - - Wir haben immer gewusst, wir haben eine Verantwortung



Nur zur dienstlichen Verwendung

für unsere Ortskräfte, auch für andere Schutzbefohlene, für Deutsche sowieso; dazu sind wir gesetzlich verpflichtet. Also, das ist nicht eine innenpolitische Motivation, sondern es war Teil unserer Afghanistan-Politik, es war Teil unserer Außenpolitik. Und das jetzt hier aufzugeben, ohne es zumindest versucht zu haben, noch so viel wie möglich Schutzbefohlene und Leute in dieser Situation - - erschien uns undenkbar. Und Sie sehen ja an dem, was danach passiert ist - - Wir haben dann an den Flughafen verlegt die Botschaft, wir haben dann die militärische - - die Bundeswehrflüge begonnen und haben versucht, in den verbleibenden zehn Tagen so viel wie möglich Schutzbedürftige und Ortskräfte und Deutsche da rauszubekommen, weil uns das wichtig war. Das war Teil unserer Politik gegenüber Afghanistan. Das waren wir denen schuldig, es war unsere Verantwortung; aber das waren wir auch unserer Afghanistan-Politik schuldig, das zu versuchen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann würde ich Sie bitten, noch mal den nächsten Bullet Point kurz zu lesen.

(Die Zeugin liest in den ihr zuvor vorgelegten Unterlagen)

Zeugin Petra Sigmund:

„• **Erster „Pilotcharterflug“ mit LBs sowie, wenn möglich Familienangehörigen der - -**

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vorlesen brauchen Sie uns das nicht, Sie sollen es nur zur Kenntnis nehmen.

Zeugin Petra Sigmund: Ja, okay.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun haben Sie gesagt: Das war Teil unserer Politik, dass wir nicht das falsche Signal senden wollten. - Hier ist jetzt aber irgendwie vom ersten Pilotcharterflug die Rede, möglichst mit Familienangehörigen „und ggf. Angehörigen der Zivilgesellschaft“, „Möglichst mit medialer Begleitung“. Meine Frage jetzt noch mal: Das klingt nach meiner

Wahrnehmung eher innenpolitisch motiviert. Man wollte Bilder erzeugen von einem Pilotcharterflug mit Familienangehörigen, also mit Lokalbeschäftigten, Familienangehörigen und medialer Begleitung. Jetzt meine Frage noch mal: War die Frage der Evakuierung der Botschaft und die Reihenfolge mit den Charterflügen - - gab es da doch eine innenpolitische Begründung dafür?

Zeugin Petra Sigmund: Nee.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann frage ich anders: Ging es in der Besprechung zu irgendeinem Zeitpunkt darum, dass man Bilder erzeugen wollte?

Zeugin Petra Sigmund: Also hier Pilotcharterflug - - Ich muss es jetzt absichten. Wir gingen am 12.08. irgendwie noch nicht davon aus, dass wir mit der Bundeswehr militärisch evakuieren würden. Und es gab, glaube ich, da schon Planungen, sozusagen zu chartern, zivile Maschinen zu chartern, die dann aber überholt waren, als wir gesehen haben, wir müssen jetzt hier mit Bundeswehr rein, um unsere Leute und andere Schutzbedürftige ausfliegen zu können. Also „Pilotcharterflug“, auch hier in Anführungsstrichen, das war dann überholt.

An der Sitzung nahm das Pressereferat teil, wie an allen Sitzungen, und die machen dann Kommentare zu Medien. Die sagen dann: Wenn ihr schon da reinfliegt, bitte auch ein paar Plätze für Journalisten vorsehen, damit die berichten können. - Aus der Sicht des Pressereferates wird da eingebracht, woran auch gedacht werden muss. Aber das war überhaupt nicht der Beweggrund. Der Beweggrund lag in unserer ganzen Politik, wie wir sie seit Monaten kommuniziert hatten gegenüber dem Bundestag, gegenüber der Öffentlichkeit, dass wir, wenn wir Afghanistan verlassen, so viel wie möglich Ortskräfte, Angehörige, Schutzbedürftige da versuchen müssen mit rauszunehmen. Und das war umso akuter, als wir gesehen haben, die Taliban sind dabei, hier komplett die Kontrolle zu übernehmen, mit der Gefährdung, die das für einzelne Personengruppen oder für den Kreis der Personen bedeutete, der persönlichen Gefährdung für Leib und Leben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun liegt uns eine weitere Mail von Herrn van Thiel vom 11. August 2021, also einen Tag vor dieser Hausbesprechung, vor. Das ist MAT A AA-8.38 VS-NfD, Blatt 150. Darin heißt es - Zitat -:

- „- Die Amis fliegen ihre Leute und NATO aus.
- Der „letzte Flieger“ soll am 25.08. das Land verlassen.
- Die Übereinkunft mit den Türken zum Flugplatz sei gescheitert.
- Die Amis übergeben den Flugplatz nach dem 25.08. an wen auch immer.“

Zitat Ende. - Das unterstreicht ja ein bisschen das, was Sie vorhin über die Einschätzung von Herrn van Thiel geschildert haben. War diese Information eigentlich - - Ist die in der Hausbesprechung am 12.08. erörtert worden?

(Die Zeugin liest in den ihr zuvor vorgelegten Unterlagen)

Zeugin Petra Sigmund: Kleinen Moment. - Das war:

- „- Die Amis fliegen ihre Leute und NATO aus.
- Der letzte Flieger soll am 25.08.“ - -

Ich muss noch mal versuchen, mir meine Erinnerung zu sortieren. Aber es gab ja dann in diesen Tagen immer wieder andere Daten, ab wann soll sozusagen der Abzug der Kräfte abgeschlossen sein. Zunächst hieß es: der 11.09.; dann hieß es irgendwann: der 31.08., der sich verfestigte. Aber der 31.08. bedeutete auch - das haben wir dann auch über Gespräche nachvollzogen -, dass der letzte Flug nach draußen, also der letzte Evakuierungsflug, schon sehr viel früher sein würde als der 31.08., also sehr viel, weil in dieser Zeit haben wir wirklich in Tagen und Stunden gerechnet. Und es war ja dann de facto der 26.08. Also wir haben gesehen: Wir haben nicht viel Zeit.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich unterbreche Sie ungern, aber meine Frage ist: Am 11.08. schreibt Herr van Thiel, konsequent aus meiner Sicht, hier noch mal: 25.08.: Amis gehen raus. Dann heißt es noch in einer Mail vom 12. August - das ist MAT A AA-9.121 VS-NfD, Blatt 28 bis 31 -:

„USA gerade in VTC zur konkreten Evakuierungsplanung. Datum 25.08. laut NATO und TUR tatsächliche Planungsoption der USA.“

Also, am 11. und 12. gibt Herr van Thiel seine Informationen weiter: Die Amis gehen raus, und wahrscheinlich schon zum 25.08. - Meine Frage jetzt: Ist das Gegenstand bei Ihnen in den Besprechungen am 12. und 13. August gewesen? Haben Sie diese Erkenntnis in diesen Besprechungen mitgeteilt bekommen?

Zeugin Petra Sigmund: Das war ja der allgemeine Wissensstand, dass die Amerikaner hier abziehen würden und dass das Datum nach vorne gerutscht war, vom 11.09. auf eher früher. Also, das musste man jetzt hier so nicht noch mal besprechen. Das war der allgemeine Stand.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Und meine Frage ist jetzt: Hat das Auswirkungen auch auf die Frage der Evakuierung von Lokalbeschäftigten gehabt? Weil am 12.08. reden wir jetzt über einen Pilotcharterflug mit medialer Begleitung. Ich sage mal - verstehen Sie? -, -

Zeugin Petra Sigmund: Ja, ja, verstehe.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): - ich hinterfrage das. Da gibt es so eine Alarmmeldung, also 25.08. ist jetzt Deadline, da wusste man, dann geht der Flughafen vielleicht nicht mehr; so lese ich das, was Herr van Thiel da schreibt. Und am 12.08. sprechen Sie über einen Pilotcharterflug mit medialer Begleitung. Das passt für mich nicht zusammen. Also meine Frage ist: Ist erörtert worden, dass jetzt in Anbetracht dieser Meldung, die Herr van Thiel aus Kabul gegeben hat, es richtig Dampf geben muss, was die Evakuierung von Lokalbeschäftigten betrifft?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Petra Sigmund: Wir haben die ganze Zeit Dampf gemacht. Wir haben ja versucht, in den Verfahren, die wir hatten, so viel wie möglich Leute vor dem Fall des Landes an die Taliban nach Deutschland zu bringen. Und aus den bekannten Gründen - - Wir hatten damals noch kein Visa-on-Arrival-Verfahren. Das war als Ultima Ratio in Aussicht gestellt. Diese Ultima Ratio wurde dann erklärt am 13.08., und erst da hatten wir überhaupt die Voraussetzungen auf der deutschen Seite, um so eine Evakuierung dann auch durchführen zu können, nämlich ohne dass die Leute vorher schon ein Visum im Pass gehabt hätten. Das ist erst am 13.08. passiert.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich frage an dieser Stelle trotzdem noch mal nach. Es heißt dann noch mal, als Reaktion jetzt zeitlich eingeordnet, in der Zusammenfassung der Staatssekretärin aus der Hausbesprechung vom 12.08.:

- „• **Ausdünnung der Botschaft im Rahmen der Möglichkeiten; Prüfung, ob ggf. einzelne Personalwechsel vorgezogen und Botschaft speziell zur Durchführung von OKV-Charterflügen ... unterstützt wird.**“

Und dann:

- „• **Entscheidung zur Schließung der Botschaft und Durchführung ... EvakOp, wenn die Lage es zwingend erfordert ...**“

Hier steht nichts in der Zusammenfassung davon, dass jetzt prioritär Charterflüge für die Evakuierung von Ortskräften eingesetzt werden sollen. Also, ich kann das in dem gesamten Gesprächsvermerk vom 12.08. nicht lesen, obwohl am 11. Herr van Thiel diese Informationen gegeben hat.

Deswegen noch mal meine Frage: Ist auch in der Hausbesprechung am 12.08. über das drängende Problem der Evakuierung der Ortskräfte und den Einsatz von Charterflügen konkret gesprochen worden? Und was wurde veranlasst?

Zeugin Petra Sigmund: Ich kann Ihnen das so genau nicht sagen. Ich meine aber, zu wissen, dass die Charterflüge - - dass da für Charterflüge schon Vorkehrungen getroffen waren, dass wir die vorhielten. Aber die Lage war dann so - und ich kriege jetzt manchmal die Daten - - habe ich die Daten nicht mehr so parat -, die Lage war so, dass wir gesehen haben, die Hauptstadt wird überannt, und wir kommen da mit zivilen Charterflügen überhaupt nicht mehr raus, sondern wir brauchen jetzt eine militärische Evakuierungsoperation, so wie die Amerikaner sie angestoßen haben und so wie sie von uns ja auch jedenfalls mal vorgedacht war und vorbereitet war durch das BMVg. Wir brauchen - - Wir sind hier in einem komplett anderen Szenario, das eben nicht mehr erlaubt zivile Charterflüge.

Im Übrigen zu Flugverkehr, um das noch mal zu sagen: Es ging ja lange noch Flugverkehr, ziviler Flugverkehr aus Afghanistan in die Türkei und anderswohin, was noch mal zeigt: Das Problem war die Tatsache, dass wir in diesem ganzen Ortskräfte- - und vor allem Ortskräfteverfahren, dass wir die Visa on Arrival nicht hatten und dass wir aufgrund der Beschränkungen vor Ort - darüber haben wir letztes Mal schon gesprochen - hier eben nicht weiterkamen, was die konkreten Einreisevoraussetzungen nach Deutschland anbelangt. Und da kamen wir erst weiter dann, nachdem am 13.08. erklärt wurde: Okay, jetzt ist Ultima Ratio, jetzt können wir Visa on Arrival. - Aber da waren wir schon in einer ganz neuen Lage, wo wir das nicht mehr zivil machen konnten, wo auch keine zivilen Flugzeuge aus Kabul mehr rausgingen, wo auch an Charter nicht mehr zu denken war, sondern an Bundeswehr, militärische Evakuierung.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Frau Kollegin Nanni.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde bei einer Sache noch mal nachhaken, Frau Sigmund, die Sie jetzt gerade gesagt haben. Sie haben gesagt: Wir wollten die Botschaft nicht zu früh verlassen wegen der Ortskräfte. - Haben Sie in dem Zeitraum vor der Evakuierung der Botschaft in irgendeiner Runde mal darüber gespro-



Nur zur dienstlichen Verwendung

chen, welche Bedingungen denn erfüllt sein müssen, um verantwortungsvoll den Weiterbetrieb der Botschaft anordnen zu können? Weil solange Sie nicht die Schließung anordnen, ordnen Sie ja die Aufrechterhaltung an. Und da gibt es ja auch Bedingungen. Haben Sie das mal diskutiert im Auswärtigen Amt, welche Bedingungen da erfüllt sein müssen?

Zeugin Petra Sigmund: Also, wir wussten, dass wir auf jeden Fall eine Möglichkeit haben müssen, unsere Botschaft, unser Botschaftspersonal ins Ausland zu bringen; diese Möglichkeit muss real gegeben sein. Und diese Möglichkeit haben uns die Amerikaner zugesichert, dass sie unser Botschaftspersonal sei es an den Flughafen bzw. - MoU deckte, glaube ich, Weiteres ab - ins Ausland bringen würden. Das wussten wir. Und uns war klar: Diese Möglichkeit musste gegeben sein, um die Sicherheit unseres Personals gewährleisten zu können.

Ein Leiter einer Auslandsvertretung hat im Krisenfall sehr viel Entscheidungsbefugnis und eigene Verantwortung. Und der kann natürlich, wenn er sieht, hier ist Gefahr für Leib und Leben, für meine Leute, für mich selbst, entscheiden: Ich muss die Botschaft jetzt schließen. Und das ist absolut in seiner Kompetenz und in seiner Verantwortung. Und das galt auch für van Thiel. Aber natürlich hat sich das keiner einfach gemacht, auch Herr van Thiel nicht, der ja Teil dieser ganzen - - der Afghanistan-Politik war. Und unser Team Kabul, die haben ja auch versucht, alles dafür zu tun, so viel wie möglich Schutzbedürftige, Ortskräfte, Deutsche in dieser Lage noch rauszubekommen. Und es war ein schmaler Grat der Abwägung: Was ist das richtige Zeitfenster? Wie lange ist es wichtig, dass unsere Telefone noch funktionieren, unsere Computer noch funktionieren, wir überhaupt mit Kabul noch gesprochen werden können, wir einen Treffpunkt haben, einen Ort, wo wir Menschen identifizieren können, und wann können wir das so nicht mehr halten, weil die Gefahr für Leib und Leben unserer Leute zu groß ist? Und das war an dem Wochenende der Fall. Wobei unsere Leute dann, Botschaft Kabul, so wie ich das dann erlebt habe, die standen in engem Kontakt mit den Amerikanern und wussten von den Amerikanern, wann

ist deren sozusagen letzte Möglichkeit, Leute an den Flughafen und dann über den Flughafen ins Ausland zu bringen. Oder in unserem Fall haben dann manche entschieden, dass sie dort bleiben, um das weitere Verfahren - - So, aber dieser - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit welcher Vorlaufzeit haben Sie denn darüber gesprochen? Also, weil so eine Schließung bedeutet ja auch Zerstörung von Material usw. Das kann man ja nicht auf Knopfdruck machen; das dauert ja auch eine Weile. Mit welcher Vorlaufzeit haben Sie denn darüber nachgedacht? Also wie viele Stunden zwischen „Jetzt müssen die wirklich gehen; sonst ist Gefahr für Leib und Leben“ und „Wir haben jetzt die Entscheidung getroffen, dass sie gehen dürfen“, wie viel Zeit mussten denn da so dazwischenliegen?

Zeugin Petra Sigmund: Na, ja, also in dieser ganzen Woche die Besprechungen, schon die Hausbesprechung vom 12./13. - ich gucke mir das gleich noch mal an -: Aber da war ja schon der Eintritt in diese Planungen zur Evakuierung. Und das war im Grunde - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denen Anweisungen gegeben oder jemand anders Anweisungen gegeben, dass Material zerstört wird, Daten gelöscht werden, Sachen gesichert oder verbrannt?

Zeugin Petra Sigmund: Es war Teil der Gespräche, dass das natürlich notwendig sein würde, weil wir ja in der Botschaft sensible Daten hatten über Ortskräfte.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, dass es in der Zukunft notwendig sein würde, aber dass das schon dann angeordnet wird, dass es jetzt passiert.

Zeugin Petra Sigmund: Das ist vielleicht so nicht festgehalten in den Vermerken, aber das war klar, dass es passieren musste, weil wir ja nicht riskieren konnten, dass dieses Material den Taliban in die Hände fällt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also würden Sie sagen, dass so eine wichtige Sache



Nur zur dienstlichen Verwendung

wie die Zerstörung von Informationen etwas ist, das keine formelle Weisung braucht, sondern was man so versteht, dass das jetzt passieren muss.

Zeugin Petra Sigmund: Also, es steht jetzt hier offenbar nicht in dem Vermerk, aber es war Gegenstand der Gespräche, dass das passieren müsste.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Anderes Thema noch; dann bin ich vielleicht fertig für heute. Sie haben ja gerade das Memorandum of Understanding mit den USA noch mal angesprochen. Können Sie noch mal beschreiben - ich muss aufpassen, sonst kommt der Herr Stegner wieder -

(Zuruf: Der ist schon da! - Heiterkeit)

wie dieses Mobilitätsangebot der Amerikaner im konkreten Fall umgesetzt wird? Also zum Beispiel die Frage stand im Raum, dass das Mobilitätsangebot der Amerikaner auch dann noch besteht, wenn die Amerikaner selber ihre eigene Botschaft verlassen haben.

Zeugin Petra Sigmund: Ich glaube, zu diesem ganzen Mailverkehr haben wir, glaube ich, auch Unterlagen zugeliefert. Insofern - - Wir waren da natürlich abhängig von den Ansagen der Amerikaner: Jetzt ist hier der letzte Moment, wo ihr - - Und ich meine, unsere Leute sind in die US-Botschaft gegangen, und von der US-Botschaft aus ging dann noch mal ein Hubschrauberverkehr an den Flughafen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeugin Petra Sigmund: Und die aufgrund deren Gefahrenanalyse haben dann halt irgendwann gesagt: So, und jetzt ist der Moment, dann und dann geht jetzt hier der letzte Hubschrauberflug aus unserer Botschaft. Und dazu waren die - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, und dass das so passiert ist, wissen wir. Aber als das noch nicht passiert ist, wussten Sie da schon, dass, wenn die Amerikaner schließen, dann auch automatisch wir mitschließen müssen?

Zeugin Petra Sigmund: Ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, Sie wussten, dass die Schließungsentscheidung in der Hand der Amerikaner lag.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das möchte ich gerne nicht so gefragt haben, sondern wenn Sie das fragen wollen, fragen Sie es bitte anders.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, das ist jetzt gemein.

(Zuruf: Das ist aber korrekt!)

Bevor die Botschaft de facto geschlossen wurde, wie haben Sie darüber gesprochen im Auswärtigen Amt, wer tatsächlich am Ende die ausschlaggebende Handlung machen wird, damit die Botschaft geschlossen wird?

(Jörg Nürnberger (SPD):
Diese Frage ist schon mindestens zweimal gestellt worden!)

Zeugin Petra Sigmund: Also, es war eine Mischung aus Eigenverantwortung des Leiters, der natürlich selber zu bewerten hatte: „Wann ist das hier zu gefährlich? Nehme ich jetzt den letzten Flug, oder nehme ich den Flug vor dem letzten Flug?“, und eine Mischung aus den Kontakten, die er hatte mit der US-Botschaft. Denn in der Tat: Die Verbringung aus der Green Zone und aus der Green Zone an den Flughafen in einer gesicherten Weise war am besten möglich mit den Amerikanern. Und insofern: Als van Thiel uns informiert hat - wobei er das gar nicht hätte tun müssen; denn, wie gesagt, das obliegt dem Leiter in so einer Krisenlage, zu entscheiden: wann ist hier die Gefahr für Leib und Leben so groß, dass ich meine Leute und mich selbst in Sicherheit bringe - - Aber dennoch: Er ging davon aus, auch selber, wie aus dem Mailverkehr zu entnehmen ist, dass dann, wenn der letzte Flug der Amerikaner geht, das der späteste Zeitpunkt ist, weil ansonsten nicht mehr zu gewährleisten gewesen wäre, dass die sicher an den Flughafen kommen. Dann hätte das irgendwie anders laufen müssen;



Nur zur dienstlichen Verwendung

aber mit Sicherheit wäre das unsicherer gewesen. Also gingen wir davon aus - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und trotzdem: Obwohl - das haben Sie jetzt ja schön beschrieben - allen klar war: „Am Ende sind es die Amis, die uns mitnehmen, und dann ist die Botschaft zu“, war die Frage: „Was hat denn eigentlich Blinken dem Maas gesagt zu der Frage, wann sie selber verlegen?“, nicht Teil der Krisenstabsitzung. Das wurde dort nicht erörtert, obwohl das - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Entschuldigung, ich muss jetzt, glaube ich, wirklich intervenieren, weil wir das in der Fragestellung mehrmals jetzt wirklich nachgefragt haben, wirklich mehrmals.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe es einfach emotional nicht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das mag sein. Ja, aber der Punkt ist: Wenn wir zehnmal fragen, ob das Gegenstand war, und die Zeugin nach ihrer Erinnerung sagt, das war es nicht, und sie ihre Erinnerung schildert, dann, finde ich, wird das schwierig.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann frage ich mal nach: Wie kann das denn sein, dass das so war?

Zeugin Petra Sigmund: Also, ich glaube, wir müssten uns noch mal vorlegen, alle miteinander, die Mitschrift dieses Maas-Telefonats mit Blinken, weil ich glaube, ich hatte da vorhin eine - - da habe ich zwei Dinge zusammengetan. Der Blinken hatte dem Maas, dem Minister, versichert, dass die Amerikaner uns helfen bei der Evakuierung unserer Botschaft. Aber das Datum habe ich hinterher selber ergänzt. Das war noch nicht Teil - soviel ich mich jetzt erinnere; aber das ist sicherlich beizubringen, dieser kleine Gesprächsvermerk - - Aber der Gegenstand des Telefonats war: Wir helfen euch, eure Leute an den Flughafen und rauszubringen, wenn ihr das wollt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechselt jetzt die Befragung zu Herrn Keuter.

(Thomas Röwekamp
(CDU/CSU): Wenn Herr
Gloßner nichts dagegen hat:
Den Mitschnitt würde ich
gerne mal hören! - Heiter-
keit)

VLR Andreas Gloßner (AA): Sie wissen, die Telefonausschriften haben wir natürlich zugeliefert, aber die sind als VS-Vertraulich hinterlegt in der Geheimschutzstelle.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Deswegen verzichten wir ja auch darauf, weiter darauf einzugehen - weder in akustischer noch in sonstiger Form. - Jetzt haben Sie das Wort, bitte.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank. - Frau Sigmund, meiner Fraktion ist aufgefallen, dass der [REDACTED], Herr [REDACTED] auch nach dem Machtwechsel in Kabul in Amt und Würden geblieben ist. Herr [REDACTED] hat laut Fundstelle MAT A AA-8.649 VS-NfD, Blatt 147, ausweislich eines auch Ihnen zugesandten Vermerkes über ein Anfang August 21 mit Herrn Wieck geführtes Gespräch versichert - Zitat Anfang -, „dass es selbstverständlich sei, dass“ in Deutschland „straffällig gewordene AFG Staatsangehörige nach AFG zurückgeführt werden müssten...“. - Zitat Ende.

Nun liegt uns auf Fundstelle MAT A AA-9.02 VS-NfD, Blatt 299, ein in dem Ihnen unterstellten Referat AP 05 angefertigter Vermerk über ein weiteres Gespräch vor, das Jasper Wieck, also der Sonderbeauftragte für Afghanistan, mit Herrn [REDACTED] am 24. August 21 in Berlin führte. Wieck gab Herrn [REDACTED] so wieder, dass es unter der neuen Talibanherrschaft viele - Zitat [REDACTED] - „Hoffnungsfunken“ für Afghanistan gebe. Dazu zählte Yari auch - Zitat aus MAT A AA - - aus genannter Fundstelle, also die ich gerade schon nannte; Zitat Anfang -:

„erklärte Amnestie für bisherige Regierungsmitarbeiter und - ganz konkret - korrekter Umgang mit [REDACTED], der in seiner Wohnung (als Vater eines ehem. Ministers) von TLB befragt worden sei, als diese von Haus zu



Nur zur dienstlichen Verwendung

Haus gingen, um ... Waffen einzusammeln (anschl. TLB-Entschuldigung für die Umstände).“

Zitat Ende. - Ist Ihnen bekannt, ob das Auswärtige Amt bei Herrn Yari im September 21 fortlaufend Informationen über die Belastbarkeit der Talibanamnestie einholte?

Zeugin Petra Sigmund: Also, wir haben den Taliban nicht vertraut, was ihre Zusicherungen in irgendeiner Weise anbelangt. Und das hat sich im Nachhinein als richtig herausgestellt, weil alles, was sie zugesichert haben, regelmäßig gerissen wurde. Also insofern: Solche Einschätzungen, das war jetzt nichts, was für uns politikleitend gewesen wäre.

Stefan Keuter (AfD): Ich frage noch mal, weil die Frage so nicht beantwortet wurde: Haben Sie diese Gespräche gesucht zu dem Yari?

Zeugin Petra Sigmund: Ich persönlich nicht.

Stefan Keuter (AfD): Ist Ihnen bekannt, ob das Auswärtige Amt das getan hat?

Zeugin Petra Sigmund: Nein, mir ist es nicht bekannt. Sie können mir jetzt noch mal vielleicht diese Fundstelle vorlegen, weil an die erinnere ich mich jetzt nicht. Aber mir ist es nicht bekannt.

Stefan Keuter (AfD): Das ist unwichtig. Es war nur die Frage, ob Ihnen das bekannt ist. Wenn es nicht bekannt ist, können Sie dazu auch nichts sagen.

Zeugin Petra Sigmund: Mir ist es nicht bekannt.

Stefan Keuter (AfD): Ein anderer Sachverhalt. Als Jan van Thiel aus Kabul nach der militärischen Evakuierungsoperation nach Berlin zurückkam, fühlte er sich - - oder hatte er den Eindruck, dass Minister Maas sich von ihm angegriffen fühlte, weil er ihm widersprochen hätte. Ich zitiere aus dem vorläufigen Untersuchungsausschussprotokoll vom 14.03.24, Seite 105 - Zitat Anfang -:

„Ich bin nach Berlin zurückgekommen, und dann ist mir berichtet worden, dass der Bundesminister“

- also Heike Maas -

„sich von mir angegriffen gefühlt hat ... Ja, also da hieß es: Sie haben ihm ... widersprochen; er hat ja da eine Erklärung vor der Presse abgegeben, es wäre alles nicht vorhersehbar gewesen, und Sie haben ihm widersprochen.“

Zitat Ende. - Können Sie bestätigen, dass sich Minister Maas von Jan van Thiel angegriffen fühlte?

Zeugin Petra Sigmund: Also, ich habe ja an jeder Krisenstabssitzung teilgenommen ab dem 15.08., wo wir dann konkret miteinander - da war Minister Maas dabei, Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer - - wo wir dann versucht haben, so viel wie möglich Leute aus Afghanistan zu evakuieren. Da war immer van Thiel zugeschaltet auch und waren andere aus Afghanistan zugeschaltet, und es war eine extrem professionelle Zusammenarbeit. Also nein, das kann ich überhaupt nicht bestätigen.

Stefan Keuter (AfD): Okay, danke. - Am 23. Juli 21 telefonierte US-Präsident Biden das letzte Mal mit Präsident Ghani. Dieses Gespräch wurde protokolliert und laut Fundstelle MAT A AA-9.125 VS-NfD, Blatt 13 ff., von der Nachrichtenagentur Reuters in Teilen Ende August 21 veröffentlicht. Dem Protokoll ist zu entnehmen, dass Ghani Biden um Luftunterstützung anflehte. Doch Biden blieb kühl. Er belehrte Ghani darüber, dass die Republik in den Augen der Welt bereits verloren sei, und forderte Ghani auf, zunächst eine neue Verteidigungsstrategie zu entwickeln. - Sie, Frau Sigmund, kommentierten dieses Protokoll laut eben erwähnter MAT-Nummer: „Wahnsinn!“, woraufhin Ihnen Staatssekretär Berger zustimmte - Zitat, auch Fundstelle MAT A AA-9.125 VS-NfD, Blatt 131; Zitat Anfang -: „In der Tat! Hätten sie“ - also die USA - „mal Ghanis Regierung unterstützt.“ Zitat Ende. - Können Sie



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

uns bitte darlegen, warum Sie damals das Protokoll der Ghani-Biden-Unterredung mit einem „Wahnsinn!“ kommentierten?

Zeugin Petra Sigmund: Na ja, weil sich daraus ergibt, dass sie in dieser Lage, wo das Land ja bereits schrittweise Woche für Woche an die Taliban fiel, eine Provinz nach der anderen, da sehenden Auges gesagt haben: Wir investieren hier jetzt nicht weiter in Sicherheit, um das zu verhindern. - Das deckte sich mit dem, was wir ab April gesehen haben, dass nämlich die Abzugsentscheidung der Amerikaner stand und dass sie nicht willens waren, hier noch mal in eine neue Phase der Unterstützung Afghanistans zu gehen, die sie ja - und das hat Biden, glaube ich, auch später gesagt - in eine neue Konfrontation mit den Taliban gebracht hätte, die ja gemäß dem Doha-Abkommen, was Trump zu verantworten hatte, irgendwie davon ausgingen, von einer Reduktion der Forces. Also dem Ghani und der Republik stand das Wasser bis zum Hals. Und die Amerikaner hätten vielleicht eine - - Oder er sah, dass die Amerikaner vielleicht hier eine Möglichkeit gehabt hätten; aber aus US-Sicht war das eben nicht mehr gewünscht und nicht mehr möglich.

Stefan Keuter (AfD): Danke.

Zeugin Petra Sigmund: Also, mich hat das Historische daran, das hat mich zu dem Ausspruch „Wahnsinnig!“ gebracht.

Stefan Keuter (AfD): Jan van Thiel hat hier in seiner Vernehmung gesagt, dass er und andere Botschaftsangehörige nicht in einen Lessons-learned-Prozess des Auswärtigen Amtes zu Afghanistan eingebunden gewesen seien. Wörtlich sagte van Thiel - Zitat aus dem vorläufigen Protokoll des Untersuchungsausschusses vom 14. März 24, Seite 117 und 118; Zitat Anfang -:

„Das war offensichtlich nicht interessant, was wir da erlebt haben.

...

Da gab es ein Treffen in der Villa Borsig auf Einladung des Planungsstabs des Auswärtigen Amtes mit dem wunderbaren Titel

„Hatten wir blinde Flecken?“
Und dazu eingeladen waren dann, ich glaube, unter B 6 sowieso niemand, und dann haben sie darüber nachgedacht. Ich habe diese Gelegenheit genutzt damals - ich hatte eine sehr nette ...“

Abteilungsleiterin

„... ich habe ihr eine Stellungnahme geschrieben dazu und habe aber nie wieder was von davon gehört.“

Zitat Ende. - Wer war diese Abteilungsleiterin?

Zeugin Petra Sigmund: Kann ich das noch mal lesen?

Stefan Keuter (AfD): Ja.

Zeugin Petra Sigmund: Aber zu der Sitzung in der Villa Borsig: Das Thema war der Gesamteinsatz über die 20 Jahre. Es ging nicht um das sozusagen, was - -

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Sie liest in diesen Unterlagen)

Ah ja, okay. „Hatten wir blinde Flecken?“ mit Blick auf: Erreichen wir die Ziele des gesamten Einsatzes? Und da ist, okay, was wir auch schon oft gesagt haben: kein Terrorismus mehr von Afghanistan ausgehend. Haben wir erreicht. Aber eine nachhaltige sozusagen Stabilisierung dieses Staatswesens hin als ein demokratisch verfasstes haben wir eben nicht geschafft. Und wann ist das gekippt? Und was hat das bedeutet für die Art des Einsatzes? Also alle Fragen eigentlich, die jetzt in der Enquete-Kommission auch besprochen werden, darum ging es bei dem Villa-Borsig-Treffen, nicht darum: Was haben wir jetzt akut für Schlussfolgerungen zu ziehen aus der Evakuierungsphase? Machen wir hier im Ausschuss.

Stefan Keuter (AfD): Also hatte Herr van Thiel eine zu hohe Erwartungshaltung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt sind wir am Ende der Befragungsrunde.

Zeugin Petra Sigmund: Er befand sich im Irrtum darüber, worum es ging. Und da waren ehemalige Afghanistan-Beauftragte, also schon ganz vom Anfang, nahmen an dieser Sitzung teil, die den ganzen Einsatz sozusagen haben Revue passieren lassen. Und es ging eben nicht um die heiße Phase. Wäre es um die heiße Phase gegangen, hätte man ihn sicher hinzugezogen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Frau Kollegin Jurisch.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Sigmund, haben Sie jemals mit Bundesminister Maas über die Inhalte des Doha-Agreements gesprochen?

Zeugin Petra Sigmund: Nein, aufgrund dieser Sonderkonstruktion in der Afghanistan-Politik, die wir hatten. Es gab einen Afghanistan-Beauftragten der Bundesregierung, vom Kabinett ernannt, der mein Stellvertreter war. Er hat alle Gespräche mit dem Minister zu Afghanistan geführt. Ich habe kein einziges direktes Gespräch mit dem Minister zu Afghanistan geführt, weil diese Aufgabe „Afghanistan-Politik“ jemand anderem zugewiesen war.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Verstanden. - Hatten Sie denn vom Wissensstand des Ministers zu den Inhalten des Doha-Agreements eine Vorstellung?

Zeugin Petra Sigmund: Eine Vorstellung? Also ich wusste - - Da ich alle Vorlagen, also das Schriftliche, was wir dem Minister gegeben haben, alles mitgesehen habe, hatte ich eine gute Vorstellung, dass wir ihn gut unterrichtet haben.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Also, er hat praktisch das gewusst, was Sie ihm - - Nein, Sie wussten auf jeden Fall, dass er das, was Sie ihm vorgelegt haben, zur Kenntnis genommen hat, aufgrund der Rückmeldung.

Zeugin Petra Sigmund: Mindestens das. Und so ein Minister führt ja viele Gespräche, auch mit

anderen Außenministerkollegen, mit den Amerikanern und anderen. Also, der hatte mit Sicherheit sehr viel mehr Kenntnis über das ganze Sujet als jetzt ich.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ich würde gern noch mal zu einem Vorgang zurückkehren, zu dem Sie mein Kollege Nürnberger schon beim letzten Mal befragt hat. Und zwar liegt uns in MAT A AA-8.116 VS-NfD, Blatt 203 bis 206, eine Ministervorlage vom 7. Januar 2021 vor, die Sie gemäß MAT A AA-9.76 VS-NfD, Blatt 13, per Mail mit dem Kommentar - ich zitiere - „I am not fully convinced - aber einverstanden mit der Vorlage ...“ und dann so ein ironisches Smiley, also so mit einem Zwinkerauge, freigegeben haben. In der Vorlage, die wir Ihnen gerne auch vorlegen können, ging es darum, dass das Auswärtige Amt gerne innerhalb der NATO und bei den USA dafür werben wollte, die Truppenreduktion in Afghanistan an harte Konditionen gegenüber den Taliban zu knüpfen.

Der Grund, aus dem ich gerne noch mal mit Ihnen über den Vorgang sprechen möchte, ist folgender: Während die Vorlage richtigerweise die negativen Konsequenzen hervorhebt, die ein unkonditionierter Abzug aus Afghanistan hätte, so wirft sie bei der Rahmung durch die Fachbereiche des skizzierten Vorhabens jedoch Fragen auf. Direkt in der Einleitung findet sich folgender Absatz - ich zitiere -:

„Die Anpassung der NATO-Militärpräsenz in AFG und ein möglicher Abzug sollen laut NATO-Beschlusslage abhängig von der Lageentwicklung („conditions based“) erfolgen. Das US-Taliban-Abkommen sieht jedoch unter bestimmten Voraussetzungen einen Abzug der internationalen Truppen schon bis Ende April vor.“

Vor dem Hintergrund, dass der Abzug bis Ende April 2021 fester Bestandteil des Agreements war und die wenigen für die Taliban relevanten Bedingungen zum Zeitpunkt der Ministervorlage bereits als erfüllt gelten konnten, haben Sie damals angenommen, dass der Minister das entsprechende Kontextwissen zu den Inhalten des



Nur zur dienstlichen Verwendung

Doha-Agreements hatte, um diese Aussagen aus der Vorlage einzuordnen?

Zeugin Petra Sigmund: Ja.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Sie selbst haben in Ihrer ersten Befragung hier gesagt, das Doha-Agreement habe die Verhandlungsposition derart begünstigt, dass diese eigentlich nicht mehr verhandeln, sondern nur noch abwarten mussten und damit gewissermaßen eine Regierung im Wartestand gewesen seien. Diese Einschätzung läuft nun gewissermaßen der in der Vorlage vom 7. Januar - - Charakterisierung des Abkommens auseinander, die nun davon spricht, das Abkommen sehe jedoch „unter bestimmten Voraussetzungen“ einen Abzug der Truppen schon bis Ende April vor. Wie erklären Sie sich die Diskrepanz?

Zeugin Petra Sigmund: Ich meine, dieses „not fully convinced“: Es ging darum, dass in der Vorlage - und vielleicht wollen Sie sie mir auch noch mal geben - -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Mhm.

Zeugin Petra Sigmund: - - dass hier doch noch mal versucht wurde, Kriterien zu entwickeln mit den Amerikanern: Was sollten die Bedingungen sein, um Conditions-based abzuziehen?

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt)

Das ist meine Erinnerung an diese Vorlage: dass wir noch mal geschrieben haben, wir sollten uns dafür einsetzen, dass bestimmte Kriterien angelegt werden, ab denen wir dann erst sagen, jetzt kann abgezogen werden. Und mein Ding „I'm not fully convinced“ war, dass ich nicht die Einschätzung hatte, dass die Amerikaner hier in dieser Lage noch mal willens gewesen wären, von ihren Abzugsplänen - - sozusagen sie zu verschieben oder sie nach hinten zu schieben oder sie abhängig zu machen von Verhandlungserfolgen zwischen den Taliban und der Republik.

Nun muss ich dazusagen: Aufgrund der Rolle, die ich hatte, die eben nicht in einer vollen Verantwortung für Afghanistan war, habe ich nie Gespräche selber mit den Amerikanern dazu geführt. Ich hatte also kein wirklich fundiertes Urteil zu dieser Frage. Ich hatte aber eine allgemeine Einschätzung aus anderen Kontakten mit den USA, wie wahrscheinlich es wäre. Aber meine persönliche Einschätzung, dass sie hier noch mal von Time-based auf Conditions-based gehen - - Und für mich waren die Chancen hier sehr gering. Das habe ich mit dem „I'm not fully convinced“ irgendwie markiert. Aber, wie gesagt, aufgrund der Sonderrolle hatte ich nicht das Urteil, um hier wirklich mit Macht reinzugehen und zu sagen: Ich sehe das ganz anders.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Sie haben es ja schon genannt, die Bedingung; das ist tatsächlich das, was in dem Papier drinsteht. Aber was in der Vorlage nicht genannt wird, sind die Prämissen, die eintreten müssten, damit eine wie in dem Papier angestrebte nachträgliche Konditionierung erfolgen kann, nämlich entweder, dass die Taliban freiwillig einer nachteiligen Veränderung des Doha-Agreements zustimmen, obwohl sie sich ja in einer militärisch starken Position befanden, oder dass die USA oder die Verbündeten bereit sind, für die Durchsetzung einer Konditionierung zur Not auch wieder Angriffe auf westliche Truppen zu riskieren. Und die Kommentierung in dem Freigabeprozess zeigt ja, dass auch Sie zumindest ein leichtes Störgefühl bezüglich des in der Vorlage skizzierten Vorgehens hatten.

Würden Sie rückblickend sagen, dass diese Vorlage alle damals für den Minister relevanten Informationen enthielt?

(Die Zeugin liest in den ihr zuvor vorgelegten Unterlagen)

Zeugin Petra Sigmund: Also, müsste ich jetzt noch mal - -

(VLR Andreas Gloßner (AA) meldet sich zu Wort)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Bundesregierung hat mal wieder den Wunsch, zu reden.

VLR Andreas Gloßner (AA): Ja. Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Die Zeugin kann die Frage nur aus der damaligen Wahrnehmung beantworten, nicht ex post.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Das kann sie gerne machen, ja.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: So habe ich die Frage verstanden. Sie ist nicht ganz so gestellt worden, aber so war sie gemeint.

Zeugin Petra Sigmund: Also, ich will jetzt nicht insofern - - Wenn ich die Vorlage jetzt noch mal ganz lese, vergeht viel Zeit. Deswegen noch mal aus meiner - - Mein Eindruck war eben, dass das alles unrealistisch war, dass es unrealistisch war, dass wir hier mit den Taliban zu einem Agreement kommen, dass es auch eben unrealistisch war, dass Nachverhandlung des Doha-Abkommens möglich sein wird.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Aber trotzdem hat man das vorgelegt, auch mit Ihrer Billigung.

Zeugin Petra Sigmund: Ich habe es vorgelegt, aber jeder wusste, dass ich in dieser Frage nicht die Gespräche mit den USA oder mit den Taliban geführt habe. Zu Doha war der Afghanistan-Beauftragte - - Er hat Gespräche geführt mit den - - Oder er war in Doha präsent. Er hat Gespräche geführt mit Stanekzai. Das habe ich alles nicht - - Ich hatte dieses Judiz nicht, weil ich diese Gespräche nie geführt habe. Deswegen hatte ich nicht sozusagen die Autorität, hier auf Wissensbasis zu sagen: Ich sehe das anders. - Ich hatte ein Störgefühl, wie Sie sagen, aber - - Und das zeigt sich aus vielen Vermerken, die wir vorgelegt haben dem Ausschuss, Briefings durch den Minister im AuAu oder durch uns im Verteidigungsausschuss, dass da schon sehr viel Realismus war, sowohl aufseiten des Ministers als auch aufseiten des Auswärtigen Amtes, wie wahrscheinlich es war, dass das eintreten würde. Dennoch war es richtig, es zu versuchen. Und das sagte ja die Vorlage: Lasst es uns versuchen - against all odds, wenn man so will. Aber lasst es

uns versuchen. - Es war sicher die richtige Haltung, es zu versuchen. Aber es wäre nicht richtig gewesen, voll darauf zu vertrauen, dass das klappt. Und das haben wir auch nicht.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. Dann habe ich in dem Moment keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann sind wir am Ende dieser Runde angekommen. Ich frage mal, ob es noch Fragen gibt. - Es gibt noch welche. Dann machen wir jetzt mal weiter mit dem Kollegen Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Frau Sigmund, ich habe nur noch einen letzten kurzen Sachverhalt mit Ihnen zu erörtern, über den wir heute noch gar nicht gesprochen haben. Das ist der Charterflug der Kabul Luftbrücke. Ich würde mit Ihnen gerne noch mal versuchen, den Sachverhalt zu besprechen. Aus unseren Unterlagen ergibt sich - das ist MAT A AA-9.02 VS-NfD, Blatt 223 f., dass Sie in einen E-Mail-Verkehr eingebunden gewesen sind und Kontakt auch hatten - so nehme ich das zumindest wahr - mit dem Europaabgeordneten Marquardt, der für die Luftbrücke Kabul hier Anstrengungen unternommen hat. Und da heißt es in einer Mail, die Sie schreiben unter anderem an Staatssekretär Berger, aber auch andere Empfänger:

„M.“

- also Herr Marquardt -

„sagt, Charter soll nach Berlin fliegen, 180 Plätze, es gebe eine Zusage aus Berlin hierfür. M. sagt weiter, dass sie Zimmer im ... Hotel geblockt haben und ca. 100 schutzbedürftige AFG StAng auf Standby seien, mit diesen seien sie im Kontakt.“

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Sie liest in diesen Unterlagen)

Können Sie mir noch sagen, wie dieser Sachverhalt an Sie herangetragen worden ist und auf



Nur zur dienstlichen Verwendung

wessen Veranlassung und auf welche Weise Sie mit Herrn Marquardt in Kontakt getreten sind?

Zeugin Petra Sigmund: Also, die Kabul Luftbrücke - dem stand er ja vor, dieser NGO -, die hatten das Gefühl, dass nicht genug getan wird. Und vor allem hatten sie das Gefühl, dass nicht genug Flugkapazität da ist, um jetzt Schutzbedürftige aus Afghanistan rauszubringen. Und ich habe verstanden die Sorge, die er hatte, diese Sorge um die Schutzbedürftigen und um die Ortskräfte; denn die hat uns alle umgetrieben. Aber was ich versucht habe ihm zu erklären in dem Telefonat, war, dass es nicht an der Flugkapazität lag, dass wir nicht mehr Leute rausbringen konnten, also nicht an der Frage, wie viel Plätze, wie viel Flugzeuge haben wir. Unser Problem in der heißen Evakuierungsphase waren der Zugang zum Flughafen und die geringe Verweildauer am Boden, die die Flugzeuge nur haben konnten, nämlich, glaube ich, eine halbe Stunde oder so, und das alles gemanagt durch die Amerikaner. Und es war eine logistische Wahnsinnsoperation, da überhaupt zu versuchen, Leute, die wir kannten, auf diese Flugzeuge zu bringen. Insofern war das so ein bisschen - - Er hatte irgendwie das Gefühl, das läuft alles nicht gut, und ich muss hier was tun, und ich muss hier Kapazitäten schaffen. Das war aber gar nicht das Problem.

Noch mal diese Sache mit „von Berlin ein Okay“: Das war mit Sicherheit fragend, oder das habe ich wiedergegeben sozusagen, dass er dieses Gefühl hatte. Aber das war mit Sicherheit nicht der Fall.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Meine Frage ist jetzt: Wie kam dieser Kontakt zu Herrn Marquardt eigentlich zustande? Hat der Sie einfach angerufen? Oder - -

Zeugin Petra Sigmund: Ja, Marquardt hatte sich beim Auswärtigen Amt gemeldet oder bei unserem Krisenstab, nach meiner Erinnerung, und hatte gesagt: Ich habe hier ein Flugzeug, und ich habe hier bestimmte Leute, und ihr müsst jetzt helfen, dass ich diese Leute nach Deutschland ausfliegen kann. - Und das hat schon ein Störfühl, auch das, insofern verursacht, als das ja

eine sehr schwierige logistische Operation war da am Flughafen in Kabul.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Mich interessiert nur ganz kurz: Wie ist dieser Kontakt zustande gekommen? Also, haben Sie den Auftrag bekommen, mit ihm zu telefonieren, oder hat er sich direkt an Sie gewendet?

Zeugin Petra Sigmund: Er hatte schon andere antelefoniert und ist dann irgendwann bei mir gelandet.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. Aber auf welchem Weg, erinnern Sie jetzt nicht.

Zeugin Petra Sigmund: Nee.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun hat Außenminister Maas nach Aussagen seines Außenamtssprechers in einer dpa-Meldung - das ist MAT A AA-8.241 VS-NfD, Blatt 171 und 172 - - wird er zitiert mit der Aussage:

„Der Außenamtssprecher erklärte, Außenminister Heiko Maas (SPD) persönlich habe die private Initiative unterstützt.

...

Nach Darstellung des Sprechers hat Maas in einem Schreiben unter anderen an den katarischen Außenminister persönlich die Aufnahme der Schutzbedürftigen in Deutschland zugesagt. Zudem habe ein Ansprechpartner im Außenamt die Aktion begleitet. Als schließlich das Flugzeug in Kabul angekommen war, habe man zudem aus dem dort verbliebenen Kernteam der deutschen Botschaft, das die militärische Evakuierungsoperation begleitete, Personal abgezogen, um die private Initiative auf deren Bitte hin zu unterstützen.“

Meine Frage ist jetzt: Welche Kenntnis haben Sie von dieser persönlichen Einbindung Ihres



Nur zur dienstlichen Verwendung

Außenministers, also Ihres Ministers, und insbesondere zu der Frage, ob er persönlich die Aufnahme der Schutzbedürftigen in Deutschland zugesagt hat?

Zeugin Petra Sigmund: Das kann ich nicht bestätigen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Haben Sie überhaupt Kenntnis von einem Kontakt des Herrn Marquardt mit dem Außenminister, also aus dem Telefonat? Hat er Ihnen gesagt, dass er schon mit dem Minister gesprochen habe?

Zeugin Petra Sigmund: Nein, davon habe ich keine Kenntnis. Nee. Ich erinnere mich - - Nee. Hat er mir - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Haben Sie Kenntnis davon, dass von dem Botschaftspersonal, also von dem verbliebenen Kernteam, das für die militärische Evakuierungsoperation zuständig war, Personal abgezogen wurde? Und waren Sie an diesem Vorgang beteiligt?

Zeugin Petra Sigmund: Habe ich keine Kenntnis und war ich auch nicht dran beteiligt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Haben Sie Kenntnis davon, wie viel Menschen über diesen Charterflug am Ende tatsächlich evakuiert werden konnten und was für Menschen das waren?

Zeugin Petra Sigmund: Das sollte ich jetzt vielleicht wissen. Können Sie mir - - Haben Sie dazu Unterlagen? Sonst ist das so eine Wissensfrage.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Sie sollen nur - - Ich weiß es, aber ich wollte wissen, ob Sie es wissen.

Zeugin Petra Sigmund: Ich glaube, es war am Ende niemand.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Es waren 18 Personen. Ich will jetzt nicht, dass Sie spekulieren. Also, es waren 18 Personen am Ende vorhanden. Und es hat nach unseren Informationen zu erheblichen Irritationen mit den USA geführt. Die waren sehr verärgert und werden restliche

Call Signs stornieren. Maschine steht auf dem Rollfeld und wartet auf Diplo-Clearance und so.

Zeugin Petra Sigmund: Genau.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Also, es ist am Ende das eingetreten, was Sie ausweislich dieser Mail vorhergesehen haben. Deswegen wollte ich nur fragen, ob Sie von diesen weiteren Umständen, wie es dann tatsächlich abgewickelt wurde, Kenntnis hatten.

Zeugin Petra Sigmund: Ja, ja, hatte ich.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Können Sie jetzt also bestätigen, dass es tatsächlich - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nee!

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Inwieweit können Sie bestätigen, dass es tatsächlich zu solchen Schwierigkeiten in der Abwicklung dieses Charterfluges gekommen ist?

Zeugin Petra Sigmund: Also, ich kann bestätigen, dass er Schwierigkeiten verursachte am Boden in Kabul, weil er eben nicht eingetaktet war, und dass er sozusagen diese ganze minutiös, relativ minutiös geplante Operation, wo ja nicht nur wir einflogen, die Amerikaner einflogen, auch andere Nationen noch einflogen - - dass das enorm schwierig war, damit umzugehen, mit so einer zivilen Initiative, und auch wenig Verständnis bei unseren Partnern hervorgerufen hat.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Botschafterin. Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir wechseln zur Frau Kollegin Nanni. - Herr Abgeordneter.

Stefan Keuter (AfD): Ja, vielen Dank. - Ich denke, dass wir mit dieser Runde dann auch abschließen können, also von unserer Seite aus. - Laut Fundstelle MAT A AA-9.80 VS-NfD, Blatt 43 und 44, erhielten Sie am 19. August 21 eine E-Mail von Markus Potzel. Potzel berichtete Ihnen von einem Gespräch, das er gleichen Tages mit einem Talibanvertreter, nämlich dem Herrn ████████ in



Nur zur dienstlichen Verwendung

Doha geführt hatte. Wörtlich schrieb Ihnen Potzel - Zitat aus der MAT-Nummer; Zitat Anfang -:

„- Ich bat um Sicherung unseres Botschaftscompounds und Benennung einer Kontaktperson für eine Ortskraft unserer Botschaft, die in Abwesenheit von Diplomaten das Gelände verwalten würde.

- ■“

- ■ -

„berichtete, dass es eine Spezialeinheit 313 in Uniform gebe, die für den Schutz der Botschaften Sorge tragen solle. Er versprach, uns einen Kontakt zu vermitteln. Unsere OK solle aber Dari/Pashto-sprachig sein. Englischkenntnisse seien bei 313 nicht vorhanden.“

Zitat Ende. - Können Sie uns sagen, wie dieser von Markus Potzel vermittelte Kontakt zwischen Taliban-Spezialeinheit und Ortskraft der deutschen Botschaft sich in der Folgezeit gestaltete?

Zeugin Petra Sigmund: Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Stefan Keuter (AfD): Laut Fundstelle MAT A AA-9.08 VS-NfD, Blatt 138, bot am 19. August 2021 ein Mitglied des Zentralrates der Muslime dem deutschen Innenministerium an, über einen Kontaktmann mit kurdischem Hintergrund an einen hochrangigen Talibanführer in Kabul heranzutreten, der bereit gewesen ist, gegen Geld deutsche Wunschpersonen in den Flughafen gelangen zu lassen; Staatssekretär Berger sei über dieses Angebot informiert gewesen. - Können Sie das bestätigen? Ist Ihnen dieser Vorfall bekannt?

Zeugin Petra Sigmund: Ist mir nicht bekannt.

Stefan Keuter (AfD): Gar nichts dazu?

Zeugin Petra Sigmund: Nein.

Stefan Keuter (AfD): Wissen Sie, ob Geld an Taliban geflossen ist, um Wunschpersonen Deutschlands in den Flughafen gelangen zu lassen?

Zeugin Petra Sigmund: Mit Sicherheit nicht.

Stefan Keuter (AfD): Klare Antwort. - Laut Fundstelle MAT A AA-9.76 VS-NfD, Blatt 47, schrieb Ihnen Andreas Krüger, Leiter des Afghanistan-Referates, am 11. August 21, dass das damalige Ansinnen des BMZs, deutsche Entwicklungszusammenarbeit in von den Taliban kontrollierten Gebieten auszusetzen, für das Auswärtige Amt nicht zu akzeptieren sei. Eine Aussetzung der deutschen EZ im Talibangebiet habe - Zitat Krüger aus eben genannter MAT-Nummer; Zitat Anfang - „fatale Auswirkungen... auf die Sicherheit der OK's“. - Zitat Ende.

Auch Jasper Wieck berichtete laut vorläufigem Protokoll der Untersuchungsausschusssitzung vom 21. März diesen Jahres, Seiten 116 und 117, in seiner Vernehmung davon, dass man damals Sicherheitsprobleme für Ortskräfte sah, sollte die Entwicklungszusammenarbeit in den Taliban-gebieten aufhören. Ich zitiere Herrn Wieck aus genannter Protokollstelle - Zitat Anfang -:

„Das war ... für die ... Ortskräfte ... eine Lebensversicherung ... Wenn wir die IZ eingestellt hätten, wären sie ja ihre Arbeit losgeworden bzw. war dann auch die Befürchtung, dass die Taliban das dann auch den GIZ-Mitarbeitern übernehmen würden, wenn diese Zusammenarbeit eingestellt würde. Das war für mich auch wichtig; dass ... die Betroffenen sich nicht unsicher fühlten, trotz Talibanherrschaft, und dass insgesamt das Petitum war, die Entwicklungszusammenarbeit fortzusetzen.“

Zitat Ende. - Können Sie uns bitte näher darlegen, weshalb man damals im Auswärtigen Amt in der Einstellung der deutschen EZ in von Taliban kontrollierten Gebieten ein Sicherheitsproblem für Ortskräfte sah, und teilten Sie diese Meinung Ihres Hauses?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Petra Sigmund: Also, wir haben vorhin schon, glaube ich, über diesen Vorgang einmal gesprochen, weil ich gebeten habe, zu dieser ganzen Frage eine umfassende Vorlage zu machen, die noch einmal diskutiert: „Was spricht für die Fortsetzung unserer EZ in von Taliban kontrollierten Gebieten, und was spricht dagegen?“, und das in einem Rundumblick. So, und jetzt habe ich diese Vorlage nicht mehr vor mir. Inwieweit das hier noch mal diskutiert wurde in der Vorlage, kann ich Ihnen jetzt nicht genau sagen; aber dass hier sozusagen sämtliche bekannten Argumente vorgebracht werden sollten, das halte ich immer für richtig. Das habe ich aber da in dem Mailverkehr, über den wir vorhin gesprochen haben - - habe ich aber auch schon gesagt: Wir müssen dann aber doch sozusagen offen alle Argumente abwägen und schauen, was wir am Ende tun. Und ich weiß, was wir heute tun, dass wir nämlich unsere EZ so gut wie eingestellt haben in Afghanistan.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank. - Eine letzte, abschließende Frage. Laut „Spiegel“-Artikel vom 13.08.22 mit dem Titel „Kinder wurden wie Müll entsorgt“ - für das Sekretariat: das ist Seite 4 der Anlage 20 - soll es gegen Ende der militärischen Evakuierungsoperation eine Anfrage des Auswärtigen Amtes an Herrn van Thiel gegeben haben. Im Artikel heißt es hierzu wörtlich - Zitat Anfang -:

„Vorsichtig fühlt das Auswärtige Amt bei van Thiel vor, ob er und seine Leute sich vorstellen können, auch nach dem Abzug der Bundeswehr in Kabul zu bleiben. Der Gesandte“

- also Thiel -

„spricht jeden seiner Diplomaten und Bundespolizisten einzeln an. Könnt ihr euch das vorstellen, habe er seine Männer gefragt. Nein, hätten sie geantwortet, einer nach dem anderen.“

Zitat Ende. - Können Sie das bestätigen, und, wenn ja, können Sie uns sagen, aus welchen Gründen das Auswärtige Amt zwischenzeitlich

die Aufrechterhaltung einer diplomatischen Präsenz in Taliban-Afghanistan befürwortete?

Zeugin Petra Sigmund: Das haben wir nicht befürwortet - zwischenzeitlich.

Stefan Keuter (AfD): Wieso ist dann gefragt worden?

Zeugin Petra Sigmund: Können Sie mir das bitte noch mal geben? Ich müsste gucken, durch wen das gefragt wurde.

Stefan Keuter (AfD): Kommt. Ja.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich glaube auch nicht, dass Sie die Frage beantworten können, ehrlich gesagt, so wie sie gestellt ist.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Sie liest in diesen Unterlagen)

Zeugin Petra Sigmund: „Vorsichtig fühlt das Auswärtige Amt ...“ - also, das ist ein Pressebericht. Ich kann das so nicht bestätigen.

Stefan Keuter (AfD): Prima. Das war's dann. - Herzlichen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Frau Zeugin, dann würde ich Ihnen gern noch eine Abschlussfrage stellen. Und zwar beziehe ich mich auf das Protokoll der Sitzung vom 14. März 2024 mit dem Gesandten van Thiel, den ich befragt habe zu dem Treffen des Planungsstabes des Auswärtigen Amtes, von dem hier mehrmals die Rede war mit dem schönen Titel „Hatten wir blinde Flecken?“ Und das ist hier schon zitiert worden. Vorhin auch zitiert worden ist, dass Herr van Thiel uns gesagt hatte, er habe die Gelegenheit genutzt damals: „... ich hatte eine sehr nette“ Abteilungsleiterin - ich gehe davon aus, dass damit die Zeugin gemeint ist, die ich jetzt befrage -, „ich habe ihr eine Stellungnahme geschrieben und habe nie wieder was davon gehört“. Und da habe ich ihn befragt, ob er bereit wäre, diese Stellungnahme dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen. Und er hat mir geantwortet, er habe sie nicht mehr. Wenn er seine besonders nette Abteilungsleiterin



Nur zur dienstlichen Verwendung

angeschrieben hat, ist die ja möglicherweise in der Lage, uns diese Stellungnahme zur Verfügung zu stellen. Das frage ich Sie also auch.

(VLR Andreas Gloßner
(AA) meldet sich zu Wort)

- Sie haben damals schon interveniert, Herr Gloßner. Ich habe es damals nicht zugelassen, und ich tue es auch diesmal nicht. - Bitte schön.

Zeugin Petra Sigmund: Ich habe sie auch nicht mehr. Mir ist sie auch nicht erinnerlich, ehrlich gesagt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Gloßner.

VLR Andreas Gloßner (AA): Ich wollte nur zur Aufklärung beitragen. Die Abteilungsleiterin war eine andere, es war nicht die Zeugin.

Zeugin Petra Sigmund: Nicht nett, nicht nett.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann haben wir das auch noch aufgeklärt. Sehen Sie, manchmal kriegt man ja sozusagen Kollateralfunde. Dann stehen Sie nicht im Verdacht, die nette Abteilungsleiterin zu sein. Ich hätte das glatt gedacht nach Ihrer Befragung.

(Heiterkeit)

Bitte schön.

VLR Andreas Gloßner (AA): Ich dachte, wir hätten das auch bereits schriftlich übermittelt. Wenn nicht, kann ich das gern noch mal tun. Wir hatten die entsprechende Abteilungsleiterin befragt. Die hatte das auch nicht mehr, leider. Noch mal alles durchwirbelt, aber hatte das nicht mehr. Und der Zeuge hat im Nachgang das auch noch mal bei sich nachvollzogen und hatte leider diese Mailstellungnahme, die er damals offensichtlich übersandt hat, auch nicht mehr. Aber ich glaube, wir hatten das - - Ich bin mir nicht sicher, ob wir es schon mal schriftlich übersandt hatten. Ansonsten können wir das gerne noch mal tun.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Aber immerhin haben wir doch dann noch was aufgeklärt zum

guten Ende hier. Das ist doch auch in Ordnung. Gut.

Dann sind wir am Ende der Befragung. Formell ist es noch nicht das Ende der Befragung. Aber Sie sollten sich keine Sorgen machen, dass Sie noch mal kommen sollen aus Japan, sondern es ist so, dass Sie das Protokoll übersandt bekommen, 14 Tage Zeit haben, gegebenenfalls Korrekturen vorzunehmen. Und dann erst ist die Befragung beendet.

Ich danke Ihnen für Ihr Kommen, wünsche Ihnen eine gute Heimreise und sage für den Ausschuss, dass die nächste Beweisaufnahmesitzung für den 26. September 2024 um 12 Uhr im Europasaal vorgesehen ist.

Ich schließe die Sitzung um 21.40 Uhr. Vielen Dank.

(Schluss: 21.40 Uhr)